

Die „Konservative Revolution“ galt lange Zeit als Begriff für ein spezifisch deutsches Phänomen der europäischen Geistesgeschichte. Jedoch kann Konservative Revolution als ideengeschichtliche Kategorie auch für die Erforschung der Zwischenkriegszeit in Großbritannien ein fruchtbarer Zugang sein. Denn wie Bernhard Dietz zeigt, entwickelte sich während und nach der Weltwirtschaftskrise in Großbritannien eine neue Form des rechts-intellektuellen Diskurses, dessen Vertreter in Parlamentarismus und Parteidemokratie ganz und gar nichts typisch Britisches mehr sehen wollten.

Bernhard Dietz

## Gab es eine „Konservative Revolution“ in Großbritannien?

Rechtsintellektuelle am Rande der Konservativen Partei 1929–1933

In der Zeit der Weimarer Republik verband man in rechts-intellektuellen Kreisen nichts Gutes mit Großbritannien. Die im Ersten Weltkrieg geborene Vorstellung eines Kampfes der deutschen „Kultur“ gegen die westliche „Zivilisation“ mag für den Schöpfer dieses Begriffspaars, Thomas Mann, nachdem er sich mit der Republik angefreundet hatte, keine große politische Bedeutung mehr gehabt haben. Innerhalb des rechts-intellektuellen Diskurses hatte dieses dichotomische Weltbild hingegen eine hohe Wirkungskraft. Dabei ging es nach der militärischen Niederlage Deutschlands nicht mehr um die propagandistische Beschwörung des gängigen antibritischen Stereotyps vom „perfiden Albion“, sondern darum, den Geist der „Ideen von 1914“, also die Vorstellung des Krieges als einer elementaren Auseinandersetzung von Ideen, zu reaktivieren und für den innenpolitischen Kampf gegen Weimar und Versailles nutzbar zu machen. Wie kein anderes Land stand dabei Großbritannien für jene westliche Tradition des Liberalismus, die mit dem deutschen Wesen unvereinbar schien. So schrieb Oswald Spengler 1920 in seinem Buch „Preußentum und Sozialismus“: „Der Liberalismus ist eine Sache für Tröpfe. Er beschwätzt, was er nicht besitzt. Wir sind einmal so; wir können nicht Engländer, nur Karikaturen von Engländern sein – und das sind wir hinreichend oft gewesen. Jeder für sich: das ist englisch; alle für alle: das ist preußisch.“<sup>1</sup> England wurde zum Sinnbild für die Abgründe der Moderne, insbesondere für den Individualismus und Materialismus der kapitalistischen Industriegesellschaft. Der Kampf zwischen „Händlern und Helden“<sup>2</sup> mochte zunächst verloren sein, um so mehr galt es, das „innere England“ zu bekämpfen, jene „Weltanschauung, welche unser ganzes Leben als Volk durchdringt, lähmt und entseelt“<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> Oswald Spengler, *Preußentum und Sozialismus*, München 1920, S. 34.

<sup>2</sup> So der vielzitierte Titel von Werner Sombart, *Händler und Helden. Patriotische Besinnungen*, München 1915.

<sup>3</sup> Spengler, *Preußentum und Sozialismus*, S. 97 f.

Die Stigmatisierung von Liberalismus, kapitalistischer Wirtschaftsordnung und parlamentarischer Demokratie als dem deutschen Geist fremde Importe des Westens gehörte zum ideologischen Kernbestand der „Konservativen Revolution“, also zu jener antiliberalen Denkrichtung in der Weimarer Republik, die in ihrer Radikalität über den klassischen Konservatismus hinauswies, andererseits aber nicht deckungsgleich mit dem Nationalsozialismus war<sup>4</sup>. Ihrem Selbstverständnis nach sahen sich Autoren wie Spengler als Verkünder eines spezifisch deutschen Weges, der der Entwicklung des Westens diametral gegenüber stand. Die Identifikation der liberalen Demokratie als System des Siegers gab der Systemkritik der deutschen „Konservativen Revolution“ ihre aggressive Dynamik. Verlorener Krieg und gedemütigter Nationalstolz waren zwar Gründe für die Radikalität und den Erfolg dieser Form des Antiliberalismus – nicht jedoch Bedingung für seine Existenz. Denn auch im siegreichen Großbritannien gab es in der Zwischenkriegszeit am rechten Rand der Konservativen Partei und um eine Reihe von einflussreichen Zeitschriften eine Gruppe von Publizisten und mit ihnen vernetzte Politiker, die Liberalismus, kapitalistische Wirtschaftsordnung und parlamentarische Demokratie ablehnten. Doch wenn eine nationalistische Frontstellung gegen das System der Feinde nicht möglich war, wie ließ sich dann in Großbritannien überhaupt gegen Liberalismus und Demokratie argumentieren? Welches Geschichtsbildes bedurfte es, um ausgerechnet im Land der „Mother of Parliaments“ der parlamentarischen Demokratie Erfolg und Tauglichkeit abzusprechen? Welche innen- und außenpolitischen Faktoren radikalisierten einen kleinen Teil des britischen Konservatismus, und wieso lief dieser dennoch dem organisierten Faschismus nicht in die Arme? Gab es mithin überhaupt eine „Konservative Revolution“ in Großbritannien?

### „Konservative Revolution“ als europäisches Phänomen?

Die historische Forschung ist dem Selbstverständnis der deutschen „Konservativen Revolution“ von der nationalen Sonderrolle lange weitgehend gefolgt. Armin Mohler hatte zwar in seinem frühen Standardwerk die „Konservative Revolution“ als eine gesamteuropäische Gegenbewegung gegen die Französische Revolution und ihre Folgen identifiziert<sup>5</sup>. Doch trotz dieser außerordentlich weit gefaßten

<sup>4</sup> Schon bevor der Begriff „Konservative Revolution“ zu einer historischen Kategorie wurde, hatte er eine schillernde und schwer zu fassende Dimension. Von seiner ersten Erfassung bei Thomas Mann 1921 über seine Verwendung bei Hugo von Hofmannsthal sechs Jahre später bis zu Edgar Julius Jungs Bestimmung im Jahre 1932 wurde der Begriff zwar immer politischer, doch behielt er einen mystisch-nebulösen Charakter. Das liegt vor allem an dem irreführenden zweiten Teil des paradoxen Begriffspaars, denn eine Revolution im leninistischen Sinne schwebte den Autoren der „Konservativen Revolution“ sicher nicht vor. Für sie war „die Revolution mehr Metapher als konkretes Programm“. Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, München 2000, S. 464. Zur Geschichte des Begriffs vgl. Armin Mohler, *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932*, Stuttgart 1950, S. 9–12.

<sup>5</sup> Vgl. Mohler, *Die Konservative Revolution*, S. 10 f.

Perspektive zu Beginn, bietet Mohlers Buch letztlich doch nur einen Kanon der deutschen radikalen Rechten der zwanziger und dreißiger Jahre. Damit blieb – aller unleugbaren Probleme des Begriffs und der damit verbundenen Debatten zum Trotz<sup>6</sup> – die „Konservative Revolution“ als historische Kategorie für einen spezifisch deutschen Aspekt der europäischen Geistesgeschichte bestimmt. In der Folge von Mohler und als kritische Antwort auf problematische und teilweise apologetische Aspekte seiner Darstellung wurde nicht nur der deutsche Bezugsrahmen für die „Konservative Revolution“ beibehalten, sondern noch intensiver nach den spezifisch deutschen Ursachen, Vorläufern und Traditionen des Phänomens gefahndet. Die „Konservative Revolution“ wurde als ein Phänomen betrachtet, das in der deutschen Geistesgeschichte seine Wurzeln hatte. Ausgehend von den Ideen der „politischen Romantik“ habe sich unter dem Einfluß der Lebensphilosophie der Jahrhundertwende (insbesondere der Philosophie Friedrich Nietzsches) ein unpolitischer Irrationalismus gebildet, der – so Kurt Sontheimer – den „geistige[n] Untergrund“ darstelle, „aus dem die antidemokratische Geistesströmung des neuen Nationalismus ihre Kraft bezieht“<sup>7</sup>.

Die insgesamt nationale Perspektive der Forschung zur „Konservativen Revolution“ hängt sehr eng mit der Tradition zusammen, deutsche Geistesgeschichte im Lichte des Nationalsozialismus zu betrachten. So berechtigt die Frage nach den geistigen Wegbereitern des Dritten Reiches auch weiterhin ist, scheint eine rein nationale Perspektive doch zunehmend an ihre Grenzen zu stoßen. Die Herausforderung der parlamentarischen Demokratie durch einen radikalisierten Konservatismus ist in der Tat ein europäisches Phänomen der Zwischenkriegszeit. Während die vergleichende Faschismusforschung seit Ernst Nolte<sup>8</sup>, vor allem jedoch angloamerikanische Historiker wie Roger Griffin, Walter Laqueur und Stanley G. Payne<sup>9</sup> von einem gesamteuropäischen Phänomen Faschismus zwi-

<sup>6</sup> Ausgelöst wurde die letzte Debatte vor allem durch die Arbeiten des Soziologen Stefan Breuer, der bei der „Konservativen Revolution“ eine so große programmatische Diversifikation feststellte, daß „es auch mit besseren Abstraktionen nicht gelingen wird, die ‚Konservative Revolution‘ als ein, [...] gegenüber anderen Strömungen abgrenzbares Gebilde zu begründen“. Stefan Breuer, Die ‚Konservative Revolution‘ – Kritik eines Mythos, in: Politische Vierteljahrschrift 31 (1990), S. 586. Vgl. ders., Anatomie der Konservativen Revolution, Darmstadt 1993; ders., Grundpositionen der deutschen Rechten 1871–1945, Tübingen 1999, S. 105–155; ders., Ordnung der Ungleichheit – die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871–1945, Darmstadt 2001; ders., Nationalismus und Faschismus: Frankreich, Italien und Deutschland im Vergleich, Darmstadt 2005. Vgl. dazu auch Rolf Peter Sieferle, Die Konservative Revolution. Fünf biographische Skizzen, Frankfurt a. M. 1995.

<sup>7</sup> Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962, S. 46.

<sup>8</sup> Vgl. Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action française. Der italienische Faschismus. Der Nationalsozialismus, München 1963. Zur Geschichte und Problematik der vergleichenden Faschismusforschung vgl. Wolfgang Wippermann, Faschismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt 1997.

<sup>9</sup> Vgl. Roger Griffin, The Nature of Fascism, London 1991; ders. (Hrsg.), Fascism, Oxford 1995; Walter Laqueur, Faschismus – Gestern, Heute, Morgen, Berlin 1997; Stanley G. Payne, A History of Fascism 1914–1945, London 1995; ders., Geschichte des Faschismus. Aufstieg und Fall einer europäischen Bewegung, München u. a. 2001.

schen den beiden Weltkriegen ausgehen und diese Perspektive sich, trotz der sich dabei ergebenden Probleme, als sehr fruchtbar gerade für die Identifikation der nationalen Unterschiede des Phänomens herausstellte, ist die europäische Dimension der „Konservativen Revolution“ bisher nur ansatzweise berücksichtigt worden. Man muß Karlheinz Weißmann zustimmen: „Ohne Zweifel ist die Untersuchung der europäischen Perspektive der Konservativen Revolution *das* Desiderat für die Forschung.“<sup>10</sup>

Der Ansatz, die europäische Zwischenkriegszeit insgesamt als „Krisenzeit der klassischen Moderne“ zu verstehen, ist lediglich im Falle Frankreichs systematisch und empirisch fundiert verfolgt worden<sup>11</sup>. Der angelsächsische Bereich wurde bisher weitgehend ausgeblendet. Die Gründe dafür liegen auf der Hand, repräsentieren doch gerade Großbritannien und die USA jenen westlichen Weg der scheinbar ungebrochenen liberalen Tradition. Tatsächlich hat es in Großbritannien in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen trotz großer wirtschaftlicher und sozialer Herausforderungen keine ernsthafte Gefährdung des politischen Systems gegeben. Weder konnte eine revolutionäre Linkspartei größere Teile der Arbeiterbewegung radikalisieren, noch gelang es einer faschistischen Partei, nennenswerte Stimmenanteile zu bekommen und über den Status einer Splitterpartei hinauszugelangen. Insbesondere der organisierte britische Faschismus wurde daher in der Historiographie vor allem aus der Perspektive seines Scheiterns als politische Bewegung in den dreißiger Jahren betrachtet<sup>12</sup>. Die Konzentration der

<sup>10</sup> Karlheinz Weißmann, Die Konservative Revolution – Forschungsstand und Desiderata, in: Caspar von Schrenck-Notzing (Hrsg.), Stand und Probleme der Erforschung des Konservatismus, Berlin 2000, S. 138. Daß „Konservative Revolution“ als ideengeschichtliche Kategorie auch für Frankreich und Italien ein fruchtbarer Zugang für die Erforschung der Zwischenkriegszeit sein kann, ist bereits bewiesen worden. Vgl. Hans-Wilhelm Eckert, Konservative Revolution in Frankreich? Die Nonkonformisten der Jeune Droite und des Ordre Nouveau in der Krise der 30er Jahre, München 2000; Marcello Veneziani, La rivoluzione conservatrice in Italia: genesi e sviluppo della „ideologia italiana“ fino ai nostri giorni, Carnago 1994.

<sup>11</sup> Vgl. Andreas Wirsching, Krisenzeit der „Klassischen Moderne“ oder deutscher „Sonderweg“? Überlegungen zum Projekt Faktoren der Stabilität und Instabilität in der Demokratie der Zwischenkriegszeit: Deutschland und Frankreich im Vergleich, in: Horst Möller/Udo Wengst (Hrsg.), 50 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Eine Bilanz, München 1999, S. 365–381.

<sup>12</sup> Als Ursache hierfür gelten die, im Vergleich zum krisengeschwächten Kontinentaleuropa, günstigeren politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (John Brewer, Fascism and Crisis, in: Patterns of Prejudice 13 (1979), S. 17; David S. Lewis, Illusions of Grandeur. Mosley, Fascism and British Society 1931–1981, Manchester 1987), die organisatorische und personelle Schwäche der BUF (Gisela Lebzelter, Political Anti-Semitism in England 1918–1939, New York 1978; G. Anderson, Fascists, Communists and the National Government. Civil Liberties in Great Britain 1931–1937, Columbia/London 1983), die resolute Opposition durch die Regierungsbehörden (Richard Thurlow, Fascism in Britain. A History, 1918–1985, Oxford 1987; ders., The Failure of British Fascism 1932–40, in: Andrew Thorpe (Hrsg.), The Failure of Political Extremism in interwar Britain, Exeter 1989, S. 67–84; ders., State management of the British Union of Fascists in the 1930's, in: Mike Cronin (Hrsg.), The Failure of British Fascism. The Far Right and the Fight for Political Recognition, London/Basingstoke 1996, S. 29–52) und der Stabilität und Kontinuität bringende Kurs des langjährigen konservativen Parteiführers und Premierministers, Stanley Baldwin (Christina Bussfeld, Democracy versus Dictatorship. Die Herausforderung des Faschismus und Kommunismus in Großbritannien 1932–1937, Paderborn u. a. 2001).

Forschung auf die British Union of Fascists (BUF) und ihren Führer Oswald Mosley birgt jedoch die Gefahr einer ereignisgeschichtlichen Verengung. Denn die Tatsache von Mosleys Scheitern ist kein Beweis für die Nicht-Existenz faschistischer, proto-faschistischer und rechtskonservativer Tendenzen außerhalb des engen Rahmens der BUF. Gerade das Argument der Inkompatibilität des Faschismus mit dem britischen Wesen<sup>13</sup> verliert an Schlagkraft, wenn man die Ebene der Ereignisgeschichte verläßt und mit Hilfe eines ideengeschichtlichen Ansatzes den rechts-intellektuellen Diskurs außerhalb der Mosley-Partei analysiert.

Jüngst haben zwei Publikationen von Martin Pugh und Ian Kershaw unter Berücksichtigung völlig neuer Quellen gezeigt, wie unhaltbar ältere Vorstellungen von einer Immunisierung der britischen politischen Kultur gegen „fremde und eigene Faschismen“ sind, und damit vor allem in Großbritannien für viel Aufmerksamkeit gesorgt<sup>14</sup>. Daran anknüpfend soll hier gezeigt werden, wie sich während und nach der Weltwirtschaftskrise in Großbritannien eine neue Form des rechts-intellektuellen Diskurses entwickelte, dessen Träger in Parlamentarismus und Parteiendemokratie ganz und gar nichts typisch Britisches mehr sehen wollten. Getragen von einer jüngeren Generation radikal-konservativer Intellektueller entwickelte sich eine Form des Antiliberalismus, der die Positionen der traditionellen Rechtsaußen der Konservativen Partei (Diehards) an Radikalität überbot, sich dem organisierten Faschismus (BUF) aber nicht anschließen wollte. Daß es sich bei den neokonservativen Publizisten keineswegs lediglich um mehr oder weniger starke Sympathisanten des italienischen Faschismus oder des Nationalsozialismus handelt<sup>15</sup>, sondern um eine deutlich abgrenzbare politisch-intellektuelle Strömung ist bisher nicht beachtet worden. Die Netzwerkbildungen der Neokonservativen in politischen Clubs und Zirkeln, ihre Versuche der Beeinflussung des Establishments der Konservativen Partei (wie die „Infiltration“ des konservativen Ashridge Bonar Law Memorial College), ihr Austausch mit Vertretern der europäischen Rechten (wie auf dem 1932 in Rom abgehaltenen *Convegno Volta*) – all dies gehört zu einem eigenständigen historischen Phänomen, das sich mit Hilfe der Kategorie „Konservative Revolution“ erstmalig eingrenzen, analysieren und vergleichend bewerten läßt.

<sup>13</sup> Vgl. Robert Skidelsky, *Oswald Mosley*, London 1975; Robert Benewick, *The Fascist Movement in Britain*, London 1977; Colin Holmes, *Anti-Semitism in British Society, 1876–1939*, London 1979; John Stevenson, *Conservatism and the Failure of Fascism in interwar Britain*, in: Martin Blinkhorn (Hrsg.), *Fascists and Conservatives. The Radical Right and the Establishment in twentieth-century Europe*, London 1990.

<sup>14</sup> Vgl. Martin Pugh, *„Hurrah for the Blackshirts“*. *Fascists and Fascism in Britain between the wars*, London 2005; Ian Kershaw, *Making friends with Hitler: Lord Londonderry, the Nazis and the road to World War II*, New York 2004. Lediglich eine zusammenfassende Überblicksdarstellung bietet Alan Skyes, *The Radical Right in Britain*, London 2005.

<sup>15</sup> Vgl. Richard Griffiths, *Fellow Travellers of the Right. British Enthusiasts for Nazi Germany 1933-9*, London 1980; ders., *Patriotism Perverted: Captain Ramsay, the Right Club and British Anti-Semitism, 1939-40*, London 1998; Detlev Clemens, *Herr Hitler in Germany. Wahrnehmung und Deutungen des Nationalsozialismus in Großbritannien 1920 bis 1939*, Göttingen 1996; Dan Stone, *Responses to Nazism in Britain, 1933–1939. Before War and Holocaust*, Houndmills u. a. 2003.

Weder umfaßt die „Konservative Revolution“ eine kohärente politische Theorie, noch läßt sich unter diesem Oberbegriff eine geschlossene Gruppe von Autoren mit übereinstimmendem politischem Anspruch subsumieren, wie Stefan Breuer gezeigt hat<sup>16</sup>. Gleichwohl mußte er feststellen, daß es sich dabei um eine der „erfolgreichsten Schöpfungen der neueren Ideengeschichtsschreibung“<sup>17</sup> handelt. Gerade auf die zentrale Frage, ob die „Konservativen Revolution“ eine eigenständige ideologische Richtung darstellte, die über ein bloßes „Gegen Weimar und Versailles“ hinausging, kann die vergleichende Perspektive neue Antworten geben.

Interessanterweise ist der Begriff „Konservative Revolution“ bezogen auf die britische Zwischenkriegszeit gar nicht so konstruiert, wie er zunächst wirken mag. Bereits zeitgenössische Beobachter verfolgten mit großem Interesse die publizistische Entwicklung in Großbritannien. So schrieb der in New York erscheinende *Bookman* im Dezember 1931 über die einflußreiche Zeitschrift *English Review* und ihren Herausgeber Douglas Jerrold<sup>18</sup>: „Die *English Review* ist immer noch ein Organ des Konservatismus, aber mit einem Unterschied: Mr. Jerrold ist ein fähiger Repräsentant jenes ‚revolutionären Konservatismus‘, der die neue und vitalisierende Kraft in der heutigen Welt ist, eine Bewegung des intelligenten Gegen-Angriffs gegen die Tendenzen des Exzesses und der Zerrüttung, die so lange alles vor sich hergetrieben haben.“<sup>19</sup> Und Charles Petrie<sup>20</sup>, der außenpolitische Redakteur der *English Review*, brachte 1932 die eigene politische Position auf die prägnante Formel: „We Tories are the real revolutionaries of the present age.“<sup>21</sup> Douglas Jerrold sah sich und seinen Zirkel als Teil einer europaweiten „Counter-Revolution“ gegen den seit Aufklärung und Französischer Revolution dominanten

<sup>16</sup> Vgl. Anm. 6.

<sup>17</sup> Breuer, *Anatomie der Konservativen Revolution*, S. 1.

<sup>18</sup> Douglas Jerrold (1893–1964) studierte Geschichte in Oxford, bevor er sich als Freiwilliger für den Ersten Weltkrieg meldete. Nach dem Krieg stieg er in das Verlagsgeschäft ein und wurde 1929 Direktor des Verlags Eyre & Spottiswoode und 1931 Herausgeber der *English Review*. Mit seiner umfangreichen Tätigkeit als Journalist und Verfasser einer Vielzahl von historischen Werken, aber auch durch seine Tätigkeit in Organisationen wie „January Club“ oder „Friends of Nationalist Spain“ avancierte Jerrold in den dreißiger Jahren zu einer zentralen Figur der radikal-konservativen Opposition gegen die Regierung und gegen die Führung der Konservativen Partei.

<sup>19</sup> *The Bookman*, Dezember 1931.

<sup>20</sup> Auch Charles Petrie (1895–1974) unterbrach sein Studium der Geschichte am Corpus Christi College in Oxford, um im Ersten Weltkrieg zu kämpfen. Nach dem Krieg beendete er sein Studium, publizierte erste Artikel und veröffentlichte 1929 *The History of Government*, in dessen letztem Kapitel „The Decline of Democracy“ er sich ausführlich mit der Etablierung antidemokratischer und autoritärer Regierungen in Portugal, in der Türkei und vor allem in Italien auseinandersetzte. Das faschistische Italien beschäftigte Petrie auch in den folgenden Jahren: 1931 erschien seine Biographie über Mussolini und es folgte eine Vielzahl von Beiträgen zum italienischen Faschismus vor allem in der *English Review*, in der *Nineteenth Century and After* und in der *Saturday Review*. Mit guten Kontakten ins faschistische Italien, aber auch z. B. zur *Action Française* war Petrie die zentrale Figur für die internationale Vernetzung der britischen Neokonservativen.

<sup>21</sup> Charles Petrie, *Foreign Affairs*, in: *English Review*, Oktober 1932, S. 410.

Modernisierungsprozeß. Träger dieser „Counter-Revolution“ sollten in Großbritannien u. a. die „New Conservatives“<sup>22</sup> sein. Gemeint war damit über die eigene Gruppe hinaus eine Reihe junger Konservativer, die in Opposition zur Führung der Partei gegangen waren. Der hier benutzte Begriff Neokonservatismus lehnt sich an diese zeitgenössische Verwendung an. Das Präfix „New“ bzw. „Neo“ verweist dabei sowohl auf den Anspruch auf eine umfassende geistig-moralische Erneuerung, als auch auf die Abgrenzungsversuche einer neuen Generation gegenüber älteren Partei-Dissidenten. Britische Neokonservative in der Zwischenkriegszeit waren also meist junge Tories oder junge Intellektuelle, die der Konservativen Partei nahestanden, aber den moderaten Kurs der Parteiführung nicht mittragen wollten und sich um eine radikale Neuausrichtung des britischen Konservatismus bemühten<sup>23</sup>. Typologisch gesehen waren die Neokonservativen um 1890 geborene Männer, die jener gesellschaftlichen Elite entstammten, die sich aus traditionellem Adel und „aristokratisiertem“ Bürgertum zusammensetzte. Ihre Sozialisation und Bildung erfuhren sie auf dem für sie vorgesehenen Weg: auf einer „public school“ und anschließend in Oxford oder Cambridge. Zum Ersten Weltkrieg meldeten sie sich freiwillig und wurden in den Schlachten auf dem europäischen Kontinent wie keine andere soziale Gruppe dezimiert<sup>24</sup>. Ihre nach dem Ersten Weltkrieg artikulierten, auf korporativen Gesellschaftsutopien basierenden Sehnsüchte nach nationaler Erneuerung entsprachen dabei einer tatsächlichen gesellschaftlichen Herausforderung – durch die Frauenemanzipation, die Ausdehnung des Wahlrechts und den Aufstieg der Labour-Party. Im weitesten Sinne handelte es sich um Intellektuelle, also um jene „bidimensionale Wesen“<sup>25</sup> zwischen der „world of letters“ und der „world of politics“, die sich schreibend an die Öffentlichkeit wandten und die Politik zu beeinflussen suchten. Obwohl Autoren wie Jerrold, Francis Yeats-Brown, Charles Petrie, Arthur Bryant, Gerald Wallop, William Sanderson, Anthony Ludovici u. a. in den späten 1920er und 1930er Jahren vor allem mit ihren populärwissenschaftlichen Schriften sehr erfolgreich waren, sind sie nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend in

<sup>22</sup> Douglas Jerrold, *Georgian Adventure. The Autobiography of Douglas Jerrold*, London <sup>2</sup>1938, S. 325 f.

<sup>23</sup> Dieser Neokonservatismus ist nicht zu verwechseln mit dem parteiinternen Reformkurs Stanley Baldwins ab 1924, der als „New Conservatism“ bekannt wurde und als eine Art „liberaler Konservatismus“ half, die politische Mitte in der ganzen Zwischenkriegszeit zu besetzen und einen großen Teil der Arbeiterschaft an die Konservative Partei zu binden. Vgl. John Ramsden, *History of the Conservative Party*, Bd. III: *The Age of Balfour and Baldwin 1902–1940*, London 1978, S. 188–295.

<sup>24</sup> Von den 1910 bis 1914 immatrikulierten Kriegsteilnehmern der Universitäten Oxford und Cambridge starben 29,3 % bzw. 26,1 %. Vgl. Jay M. Winter, *Die Legende der „verlorenen Generation“ in Großbritannien*, in: Klaus Vondung (Hrsg.), *Kriegserlebnis. Der Erste Weltkrieg in der literarischen Gestaltung und symbolischen Deutung der Nation*, Göttingen 1980, S. 141; Robert Wohl, *The Generation of 1914*, Cambridge/MA 1979; Sven Oliver Müller, *Die Nation als Waffe und Vorstellung. Nationalismus in Deutschland und Großbritannien im Ersten Weltkrieg*, Göttingen 2002.

<sup>25</sup> Pierre Bordieu, *Die Intellektuellen und die Macht*, Hamburg 1991, S. 42.

Vergessenheit geraten und nur die neue radikale Rechte bemüht sich in den letzten Jahren um eine Renaissance ihrer „Writers of the Right“<sup>26</sup>.

### **„Merry England“ und Degeneration – zur Ideologie der britischen Neokonservativen**

Ein durch ein tiefgreifendes Unbehagen an der industriellen Massengesellschaft genährter zivilisationskritischer Kulturpessimismus, die Angst vor einer Schwächung des British Empire sowie die militärische und wirtschaftliche Herausforderung durch das Deutsche Reich und die USA bildeten bereits zur Jahrhundertwende ein Konglomerat der Unzufriedenheit und ein Gefühl des „Primacy lost in all“<sup>27</sup>. Lautstark artikuliert sich diese Verquickung von außenpolitischen Bedeutungsverlustängsten mit innenpolitischen Degenerationsvorstellungen während des Burenkrieges 1899–1902. Es war der erste Krieg Englands unter den Bedingungen der modernen Massendemokratie. In der Tat bildete der Waffengang aufgrund der schwerwiegenden militärischen Probleme, der Untauglichkeit vieler Rekruten und der internationalen Schwierigkeiten, die sich aus dem Krieg ergaben, „den eigentlichen Katalysator in der Formierung einer ‚radikalen Rechten‘ in Großbritannien“<sup>28</sup>. Das entscheidende Schlagwort des während des Burenkrieges entfachten Diskurses war „national efficiency“. Die Forderung nach mehr Effizienz betraf dabei nicht nur eine umfassende Militärreform und eine straffere staatliche Lenkung von Wirtschaft und Gesellschaft, sondern verband sich zunehmend mit einer Kritik an freiheitlich-individualistischen Gesellschaftsvorstellungen<sup>29</sup>. In Analogie zur Efficiency-Debatte in der Folge des Burenkrieges, doch mas-

<sup>26</sup> Das 1993 gegründete Magazin „Right Now!“ veröffentlichte in der Reihe „Writers of the Right“ begeisterte Porträts u. a. von Jerrold, Bryant und Ludovici. „Right Now!“ wird von dem ehemaligen Führer der irischen neonazistischen Social Action Initiative, Derek Turner, herausgegeben und konnte bereits eine Reihe von Tories aus der Umgebung der Anti-EU-Bewegung für Beiträge gewinnen. Der Abgeordnete Andrew Hunter mußte gar im August 2001 sein Amt in Ian Duncan Smiths Kampagne für den Parteivorsitz abgeben, weil er sich für das Magazin eingesetzt hatte. Dazu: Who’s who – The Conservative right and the anti-EU-movement, in: Searchlight, Januar 2003, S. 2.

<sup>27</sup> Andrew Carnegie, British Pessimism, in: Nineteenth Century 49 (1901), S. 903.

<sup>28</sup> Wolfgang Mock, Entstehung und Herausbildung einer „radikalen Rechten“ in Großbritannien 1900–1914, in: Theodor Schieder (Hrsg.), Beiträge zur britischen Geschichte im 20. Jahrhundert (Beiheft 8 der Historischen Zeitschrift), München 1983, S. 11; vgl. auch Barbara Storm-Farr, The Development and Impact of Right-Wing Politics in Britain 1903–1932, New York/London 1987; Arnd Bauerkämper, Die „radikale Rechte“ in Großbritannien. Nationalistische, antisemitische und faschistische Bewegungen vom späten 19. Jahrhundert bis 1945, Göttingen 1991.

<sup>29</sup> Vgl. Geoffrey Searle, The Politics of National Efficiency and of War, 1900–1918, in: Chris Wrigley, A Companion to early Twentieth Century Britain, Malden 2003, S. 56–71; ders., The Revolt from the Right in Edwardian Britain, in: Paul Kennedy/Anthony Nicholls, Nationalist and Racialist Movements in Britain before 1914, Oxford 1981, S. 21–39; ders., Eugenics and Politics in Britain 1900–1914, Leyden 1976; ders., The Quest for National Efficiency, 1899–1914, Oxford 1971. Die Debatte um „nationale Effizienz“ ging z.T. einher mit einem verstärkten Interesse am deutschen Kaiserreich. Vgl. Günter Hollenberg, Englisches Interesse am Kaiser-



siv verstärkt durch die tatsächliche – und noch intensiver wahrgenommene – Dezimierung der jungen Bildungselite im Ersten Weltkrieg, hatte die Vorstellung von der Degeneration der britischen Gesellschaft zum Ende der zwanziger Jahre erneut Konjunktur. Nur der Ton der Analyse war drastischer geworden. So konstatierte Charles Armstrong 1927: „England, possessing the finest human stock in the world, is at the present time doing all in her power to destroy it.“<sup>30</sup> Die Ursache für diesen Niedergang bestehe, so das Hauptargument der meisten radikalen Eugeniker, in der fälschlichen Annahme der Gleichheit des Menschen. Die humanistische Tradition habe Demokratie und Sozialstaat hervorgebracht und so einen natürlichen Ausleseprozeß verhindert. Wie andere prominente Eugeniker dieser Zeit – etwa der Sohn Charles Darwins, Leonard Darwin (Vorsitzender der Eugenic Society von 1911 bis 1928), oder der Oxforder Philosophie-Professor Ferdinand Schiller – artikuliert Armstrong in seinen Niedergangsschriften die Status-Ängste der oberen Mittelklasse<sup>31</sup>. Doch diese Schriften hatten keineswegs rein sozialdefensiven Charakter. Denn führende Eugeniker begründeten ihre Forderungen mit spezifisch rassischen Kategorien. Insbesondere die Vorstellung einer überlegenen britischen Rasse, deren Homogenität es vor fremden Einflüssen zu bewahren gelte, spielte bei radikalen Eugenikern eine entscheidende, in der älteren Geschichtsschreibung übersehene Rolle<sup>32</sup>.

Das von Eugenikern popularisierte Bedrohungsszenario einer degenerierten Massengesellschaft bekam am Ende der zwanziger Jahre eine zunehmend antiliberalen Stoßrichtung. Besonders deutlich wird diese Tendenz in den Artikeln und Schriften des Publizisten und Nietzsche-Übersetzers Anthony Ludovici<sup>33</sup>. In *A Defence of Aristocracy* und *The false Assumptions of Democracy* sowie einer Reihe kleinerer Essays hatte Ludovici bereits seine Version einer ideellen Wiederbelebung des Konservatismus durch einen sozialdarwinistischen Neoaristokratismus formuliert. Im Laufe der zwanziger Jahre wurde seine Argumentation zunehmend anti-

---

reich. Die Attraktivität Preußen-Deutschlands für konservative und liberale Kreise in Großbritannien 1860–1914, Wiesbaden 1974; Christoph Jahr, *British Prussianism. Überlegungen zu einem europäischen Militarismus im 19. und frühen 20. Jahrhundert*, in: Wolfram Wette (Hrsg.), *Militarismus in Deutschland 1871 bis 1945. Zeitgenössische Analysen und Kritik* (Jahrbuch für Historische Friedensforschung 8), Münster 1999, S. 239–309.

<sup>30</sup> Charles W. Armstrong, *The Survival of The Unfittest*, London 1927, S. 9.

<sup>31</sup> Vgl. Ferdinand Schiller, *Eugenics and Politics*, London 1926; ders., *Social Decay and Eugenic Reform*, London 1932; Leonard Darwin, *The Need for Eugenic Reform*, London 1926; ders., *What is Eugenics?*, London 1928.

<sup>32</sup> Vgl. Dan Stone, *Race in British Eugenics*, in: *European History Quarterly* 31 (2001), S. 397–425.

<sup>33</sup> Der Weltkriegsteilnehmer und Publizist Anthony Ludovici (1882–1971) gehörte zu jener literarischen Avantgarde um die Zeitschrift *New Age* und hatte zusammen mit Oscar Levy die erste komplette englische Nietzsche-Ausgabe herausgebracht. Ludovici war Mitglied in der Eugenic Society und brachte seine sozialdarwinistische Nietzsche-Rezeption in einer Vielzahl von Artikeln für die *Eugenic Review* unter. In den 1930er Jahren avancierte er zum intellektuellen Kopf der rechtsextremen Organisationen *English Mystery* und *English Array*. Gleichzeitig jedoch hatte er viele Kontakte zur spezifisch katholischen Rechten, die meist seine eugenischen Forderungen ablehnte. Ludovici schrieb u. a. für die *New English Weekly*, die unter der Herausgeberschaft von Philip Mairet einen katholischen „Gilden-Sozialismus“ propagierte.

liberal und rassistisch. In einer zum Teil abenteuerlichen Mixtur aus biologistischen, kulturellen und politischen Argumenten konstruierte er eine umfassende Theorie der Degeneration, die die britische Gesellschaft, die angelsächsische Rasse und den modernen Menschen insgesamt umfaßte. Die Idee der Demokratie habe dabei mit ihrem fatalen Gleichheitspostulat maßgeblich zu diesem Niedergang beigetragen: „Die demokratische Verachtung für Blut und Familie, die auf dem Gleichheitsgedanken basiert und zu einer Rassenmischung von universaler Größenordnung führt, muß zu den tieferen Ursachen für die moderne Degeneration gerechnet werden.“<sup>34</sup>

Eines der wesentlichen Probleme der gesamten britischen Rechten in ihrem publizistischen Kampf gegen die parlamentarische Demokratie deutet sich hier bereits an. Wie konnte man im Land der „Mother of Parliaments“ erfolgreich gegen den Parlamentarismus argumentieren? Anders als im Deutschen Reich ließ sich die parlamentarische Demokratie eben nicht als „System des Siegers“ und damit als dem nationalen Wesen grundfremd identifizieren. Eine nationalistisch aufgeladene und metaphysisch überhöhte Frontstellung gegen das System der Feinde war unmöglich. Im Gegensatz zu den Autoren der deutschen „Konservativen Revolution“ konnten britische Rechte ihre Systemkritik nicht mit jener aggressiven Dynamik aufladen, die sich aus der Kopplung von Demokratiefeindlichkeit mit einem gedemütigten Nationalstolz ergab. Das entscheidende Schlagwort der britischen Systemkritik war somit auch nicht „Verrat“ (Novemberrevolution, Versailler Vertrag), sondern bezeichnenderweise „Degeneration“. In einer an radikalen Brüchen ärmeren Geschichte stand „Degeneration“ für einen schleichenden Verfallsprozeß nationaler Werte und Institutionen einerseits und für die sozialdarwinistisch aufgeladene doppelte Frontstellung gegen Sozialismus und Massendemokratie als „Herrschaft der Minderwertigen“ andererseits. Entscheidend ist jedoch, daß als historischer Bezugspunkt des antimodernen Abwehrkampfes nicht etwa das 19. Jahrhundert der Queen Victoria diene (so wie die Autoren der „Konservativen Revolution“ ja auch nicht die Herrschaft von Wilhelm II. wiederherstellen wollten), sondern als eine Art „natürlicher Urzustand“ der britischen Gesellschaft das „Merry England“ des Mittelalters glorifiziert wurde. Der historische Rückgriff auf das Mittelalter erlaubte es auch, das „unenglische“ der Idee der parlamentarischen Demokratie an sich zu beweisen. So idealisierte etwa Ludovici 1927 das frühmittelalterliche England als dezentrale, korporativ organisierte, ländliche Idealgemeinschaft, der die Idee einer mächtigen Zentralgewalt absolut wesensfremd gewesen sei: „To speak of England as the ‚Mother of Parliaments‘ is to be guilty of the grossest injustice towards the true spirit of the Anglo-Saxon peoples.“<sup>35</sup>

Auch dies war keine isolierte Extremvorstellung. Im publizistischen Kampf gegen das allgemeine Wahlrecht rekurrierten vor allem zu Beginn der dreißiger

<sup>34</sup> Anthony Ludovici, *Man: An Indictment*, London 1927, S. 304.

<sup>35</sup> Ebenda, S. 216. Mit der selben Begründung heißt es in Anthony M. Ludovici, *A Defence of Conservatism, A Further Text-Book for Tories*, London 1927, S. 185: „[...] it amounts to a slander of the English people to call England the Mother of Parliaments“.

Jahre viele Autoren auf das „unenglische“ des modernen Parlamentarismus. Der Historiker Hearnshaw etwa sah den organischen, direkten und funktionalen Repräsentationscharakter der „englischen Urparlamente“ in diametralem Gegensatz zur französischen Idee der Volkssouveränität. „Fatalerweise wurde im frühen neunzehnten Jahrhundert der Kern des kontinentalen Radikalismus auf Großbritannien übertragen und mit einer Reihe so genannter Reformen das achtenswerte und ehrwürdige Parlament dieses Landes in eine ultra-demokratische Versammlung kontinentalen Typs umgewandelt.“<sup>36</sup> Auch Jerrold betonte in einem seiner entschiedensten Plädoyers für die Etablierung eines korporativen Staats den ausländischen Charakter des heutigen Parlamentarismus, der durch eine Art „historischen Unfall“ das unenglische System verdrängt habe: „Das gegenwärtige System, das auf Gleichheit und individuellen Rechten unabhängig von Funktion und Besitz basiert, ist nicht Englisch. Es wurde dem alten englischen, berufsständischen Wahlrecht implantiert, hauptsächlich als Unfall unter dem Einfluß der Ideen der Französischen Revolution.“<sup>37</sup> Die Vorstellung des fremdartigen und daher ineffizienten und unethischen Charakters des *volonté general* gehörte zu den zentralen Argumenten rechts-konservativer Systemkritik und fand einen Höhepunkt in einem 1934 geschriebenen, aber erst 1936 veröffentlichten Buch des Oxforder Politologen Claud Sutton mit dem programmatischen Titel „Farewell to Rousseau. A Critique of Liberal Democracy“<sup>38</sup>.

Der Topos einer frühmittelalterlichen angel-sächsischen Urrasse – „extremely masculine, and highly selected for war“<sup>39</sup> – gehörte zum ideologischen Kernbestand des britischen Neokonservatismus der Zwischenkriegszeit. Mit diesem boten sich im antimodernen Abwehrkampf gleich mehrere ideologische Anknüpfungspunkte. Die Vorstellung einer reinen und höherwertigen, durch die Insellage geschützten angel-sächsischen Urrasse diene einerseits plumpen Überfremdungstheorien<sup>40</sup>. In den elaborierteren Auslassungen der Neokonservativen wird die Überfremdung dagegen meist weniger rassistisch als ideell interpretiert. Das Fremde ist in ihren Schriften weniger der Ausländer (oder der Jude) an sich, entscheidend sind die Ideen, die sie angeblich repräsentieren und transportieren. Materielles Gewinnstreben, durch den liberalen Kapitalismus hervorgerufene Klasseninteressen und bürokratische Versklavung des Einzelnen waren demnach der englischen Urgesellschaft grundfremd. Das populäre Stichwort „Degeneration“ wird bei Autoren wie Ludovici, Gerald Wallop<sup>41</sup>, William Sanderson u. a. vor

<sup>36</sup> Fossey J.C. Hearnshaw, *Universal Suffrage and Parliamentary Government*, in: *National Review*, Juli 1933, S. 55 f.

<sup>37</sup> Douglas Jerrold, *Current Comments*, in: *English Review*, Juli 1934, S. 10.

<sup>38</sup> Claud Sutton, *Farewell to Rousseau, A Critique of Liberal Democracy*, London 1936.

<sup>39</sup> William Sanderson, *Statecraft*, London 1927, S. 20.

<sup>40</sup> Vgl. besonders Arthur H. Lane, *The Alien Menace. A Statement of the Case*, London 1928.

<sup>41</sup> Gerald Wallop, Earl of Portsmouth (1898–1984), studierte nach seiner Teilnahme am Ersten Weltkrieg in Oxford. Ab 1929 war Wallop konservativer Abgeordneter für Basingstoke, trat aber bereits 1934 wegen inhaltlicher Opposition zur Parteiführung zurück, nahm aber dennoch seinen Sitz im House of Lords wahr. Durch seine publizistische Tätigkeit und die Mitarbeit in rechtsextremen Organisationen wie der *English Mystery* und der *English Array* einerseits und

allem auch historisch verstanden: als Degeneration der „urenglischen“ nationalen Werte, die meist recht vage als „maskuline Instinkte“ oder sehr allgemein als „Gehorsam und Loyalität“ bezeichnet wurden<sup>42</sup>. Von dem Verfallsprozeß der nationalen Werte sei auch insbesondere die Idee der Freiheit betroffen gewesen. Daß damit jedoch keineswegs der Freiheitsbegriff liberaler Provenienz gemeint ist, wird bei Ludovici deutlich. Als finales Verfallsymptom der modernen britischen Gesellschaft identifizierte er „the decline of liberty through the inevitable despotism of majorities, which results from the democratic régime“<sup>43</sup>.

Als Zäsur in diesem Verfallsprozeß der nationalen Werte erscheint bei nahezu allen Autoren die „Glorious Revolution“. „1688“, so Wallop, war der Zeitpunkt „als die Whigs die Ära des Individualismus einleiteten, in der die Industrielle Revolution und schließlich das allgemeine Wahlrecht entstanden und in der heute versucht wird, die organischen Krankheiten mit den Opiaten des Sozialismus zu lindern“<sup>44</sup>. Der Liberalismus war demnach mit seinen unweigerlichen Folgeerscheinungen Materialismus, Industrialisierung und schließlich Sozialismus der entscheidende Katalysator des nationalen Niedergangs. Dieses radikal anti-whiggistische Geschichtsbild teilten Autoren wie Wallop, Sanderson und Ludovici mit jenen Neokonservativen, die wie Jerrold in der Tradition des politischen Katholizismus von Belloc und Chesterton standen und die Geschichte des Protestantismus als liberal-materialistische Niedergangsgeschichte interpretierten<sup>45</sup>.

Die offensichtliche Paradoxie, die diesem Geschichtsbild innewohnte – schließlich hatte Großbritannien seine Weltmachtstellung im 19. Jahrhundert unter vorwiegend liberaler Herrschaft erreicht –, umgingen die Neokonservativen dialektisch. Die imperiale Ausdehnung war demnach in einem Überfluß an Energie der angelsächsischen Rasse und dem urenglischen Drang nach Abenteuerlust begründet. Der Liberalismus habe sich diese Kräfte nur zunutze gemacht, jedoch über seine rein materiellen Motive die Verpflichtung auf eine konstruktive Gestaltung der Herrschaft vergessen<sup>46</sup>. Der Liberalismus mit seiner Indifferenz gegenüber Tradition, Rasse und Religion war aus dieser Perspektive die entscheidende Gefahr für den Zusammenhalt des Empires. Der Zerfall des Empire als Zerfall von Innen – die historische Analogie zum römischen Reich drängte sich geradezu auf, und tatsächlich wurde der Topos vom Untergang dieses Imperiums aufgrund von Dekadenz und Traditionslosigkeit häufig bemüht. Die historischen Analogien zum römischen Reich konnten jedoch – je nachdem mit welcher Phase seiner Geschichte das Empire verglichen wurde – durchaus auch den Keim

---

seine politische Tätigkeit als Abgeordneter und später als Lord andererseits war Wallop eine wichtige Verbindungsfigur zwischen den verschiedenen intellektuellen Zirkeln und dem politischen Establishment der Konservativen Partei.

<sup>42</sup> Sanderson, *Statecraft*, S. 20 f.; Gerald Wallop, *Ich Dien. The Tory Path*, London 1931, S. 13 f.; Ludovici, *Man: An Indictment*, S. 214 ff.

<sup>43</sup> Ebenda, S. 214.

<sup>44</sup> Wallop, *Ich Dien*, S. 12.

<sup>45</sup> Vgl. Jay P. Corrin, G.K Chesterton and Hilaire Belloc, *The Battle against Modernity*, Athens/OH 1981; ders., *Catholic Intellectuals and the Challenge of Democracy*, Notre Dame/IN 2002.

<sup>46</sup> Vgl. Sanderson, *Statecraft*, S. 69 u. S. 75.

einer politischen Hoffnung in sich tragen. Paradigmatisch hierfür sind die einleitenden Sätze Jerrolds in einem Schlüsseltext vom Oktober 1933: „England steht heute, wo Rom vor der Herrschaft von Augustus stand. Es hat große Teile der Welt erobert und verwaltet, aber es findet sich selbst ohne die spirituelle Lebendigkeit und moralische Autorität wieder, um auf den gelegten Fundamenten aufzubauen.“<sup>47</sup>

### **„True Conservatism“ – Visionen eines radikalen Konservatismus in Opposition zur Konservativen Partei**

Nach den Parlamentswahlen vom Mai 1929 war die Labour Party mit 287 Sitzen (gegenüber 260 der Konservativen und 59 der Liberalen) zum ersten Mal überhaupt die stärkste Kraft im House of Commons. Obwohl der neue Premier Ramsay MacDonald auf die Unterstützung der Liberalen angewiesen war, bewies die Regierungsübernahme, daß die kurzlebige Labour-Regierung von 1924 nicht eine einmalige Episode der britischen Geschichte gewesen war. Die britische Arbeiterpartei hatte sich damit endgültig als ernstzunehmender politischer Faktor etabliert. Für viele Konservative, die ihre Partei als die natürliche Regierungspartei ansahen, war dies ein Schock. Die Tatsache, daß von den beinahe 6 Millionen neuen Wählern nur 600.000 für die Konservativen gestimmt hatten, gab besonderen Grund zur Besorgnis<sup>48</sup>. Die Opposition enttäuschter Konservativer richtete sich nach der verlorenen Wahl vor allem gegen Parteichef Stanley Baldwin, dessen defensive „Safety-First“-Kampagne für die Niederlage verantwortlich gemacht wurde<sup>49</sup>.

Doch die Divergenzen waren keineswegs rein taktischer Natur. Vielmehr sah sich die Parteiführung unter Baldwin auch nach dem Wahlerfolg 1931 und der Beteiligung an der Koalitionsregierung „National Government“ unversöhnlicher Kritik vom rechten Flügel der Partei ausgesetzt. Der „Diehard“-Flügel der Konservativen Partei mobilisierte eine gegen die eigene Parteiführung gerichtete Interessenspolitik vor allem mit den „Diehard“-Kernthemen Schutzzollpolitik und Indien. Auch organisatorisch formierte sich die parteiinterne Rechte neu. Der ehemalige Minister Leopold Amery gründete im Juli 1929 die Empire Economic Union. Die beiden „Presselords“, Lord Beaverbrook und Lord Rothermere, riefen im Februar 1930 die United Empire Party ins Leben. Und Henry Page Croft, der ehemalige Vorsitzende der kurzlebigen National Party, etablierte im Juli 1930 die Imperial Economic Unity Group<sup>50</sup>. Diese Organisationen kooperierten und konnten eine nicht unerhebliche Zahl von Abgeordneten in beiden Häusern des

<sup>47</sup> Douglas Jerrold, *The Future of the English Political Parties*, in: *English Review*, Oktober 1933, S. 337.

<sup>48</sup> Die Labour Party hatte allerdings insgesamt 300.000 Stimmen weniger als die Konservativen und konnte nur aufgrund des Mehrheitswahlrechts die meisten Sitze gewinnen. Vgl. Stephen J. Lee, *Aspects of British Political History 1914–1995*, London 1996, S. 78.

<sup>49</sup> Vgl. Philip Williamson, „Safety First“. Baldwin, the Conservative Party and the 1929 Election, in: *The Historical Journal* 25 (1982), S. 385–409.

<sup>50</sup> Vgl. Gerald C. Webber, *The Ideology of the British Right 1918–1939*, London 1986, S. 33 f.

Parlaments für ihre Ziele gewinnen. Da sie darüber hinaus über die Zeitungen *Morning Post*, *Daily Mail* und *Daily Express* erheblichen öffentlichen Druck ausüben vermochten, stellten sie eine ernstzunehmende Herausforderung für die Führung der Konservativen Partei dar.

Die Opposition der „Diehard“-Konservativen zielte auf eine Ablösung der Parteiführung und auf einen inhaltlichen Neuanfang, doch vertraten sie im wesentlichen eine radikalisierte konservative Interessenspolitik. Eine Reihe jüngerer Parteimitglieder und Abgeordneter sowie die ihnen nahestehenden Publizisten gaben sich damit aber nicht zufrieden. Für die Neokonservativen war Parteichef Baldwin nicht das Problem an sich, sondern lediglich seine Personalisierung. Ihnen ging es um eine intellektuelle und spirituelle Wiederbelebung des Konservatismus im Sinne eines „True Conservatism“. Die Opposition gegen die Führung der Konservativen Partei wurde bei den Neokonservativen zum Fokus einer großen nationalen Erneuerung.

Der Wunsch, mit einer konservativen Avantgarde jenes intellektuelle Territorium zurückzugewinnen, das man von den Liberalen und Sozialisten besetzt sah, erwies sich bereits direkt nach dem Krieg als eine treibende Kraft des rechts-intellektuellen Milieus. Von großem Einfluß war die politische Philosophie des 1917 im Krieg gefallenen Autors T. E. Hulme, die zum großen Teil erst posthum veröffentlicht wurde<sup>51</sup>. Hulme hatte 1914 Sorels „Réflexions sur la violence“ ins Englische übersetzt und entwickelte, aufbauend auf Sorels Theorien und beeinflusst von Denkern der Action Française, seine eigene „Tory Philosophy“<sup>52</sup>. Hulmes fundamentale Kritik des humanistischen Menschheitsideals, seine Verurteilung des liberalen Fortschrittsgedankens und schließlich sein radikaler religiöser Konservatismus inspirierten eine Reihe literarischer Größen wie W. B. Yeats, Ezra Pound, James Joyce und Wyndham Lewis<sup>53</sup>, aber auch Neokonservative wie Jerrold: „Hulme hatte einen originellen und kraftvollen Verstand, anti-pazifistisch, anti-romantisch, anti-humanistisch; würde er noch leben, wäre er einer der wichtigsten Propheten der intellektuellen Gegenrevolution geworden, die auf dieser romantischen Insel so lange auf sich warten ließ, jetzt aber auf ihrem Weg ist.“<sup>54</sup>

Von besonderer Bedeutung war Hulmes Gedankengut für den späteren Nobelpreisträger T. S. Eliot. Bewundernd beschrieb er Hulme als „classical, reactionary and revolutionary [...] the antipodes of the eclectic, tolerant mind of the last century“<sup>55</sup>. 1922 gründete Eliot sein Magazin *Criterion* – laut Eigenwerbung eine

<sup>51</sup> Vgl. Robert Ferguson, *The Short Sharp Life of T.E. Hulme*, London 2002.

<sup>52</sup> Peter Hoeres, T.E. Hulme – Ein konservativer Revolutionär aus England, in: *Zeitschrift für Politik* 55 (2003), S. 192 f.

<sup>53</sup> Vgl. Leslie Susser, *Right Wings over Britain: T.E. Hulme and the Intellectual Rebellion against Democracy*, in: Zeev Sternhell (Hrsg.), *The Intellectual Revolt against liberal Democracy 1870 – 1945: International Conference in Memory of Jacob L. Talmon*, Israel Academy of Sciences and Humanities, Jerusalem 1996, S. 360 ff.

<sup>54</sup> Jerrold, *Georgian Adventure*, S. 92.

<sup>55</sup> T. S. Eliot, in: *The Criterion*, November 1924, S. 232.

Plattform für die politische Philosophie eines „pure Toryism“<sup>56</sup>. Obwohl der *Criterion* vornehmlich ein Literaturmagazin war, rückte insbesondere nach 1926 der politische Kommentar in den Vordergrund. Eliot sah es geradezu als Aufgabe der literarischen Avantgarde, sich politisch zu äußern – insbesondere angesichts der welthistorischen Ereignisse der letzten zehn Jahre: „[D]ie russische Revolution (die unsere Aufmerksamkeit auf den Osten gerichtet hat), die Transformation Italiens (die unsere Aufmerksamkeit auf unsere eigenen Regierungsformen gerichtet hat) und die Ächtung der Action Française durch den Vatikan. Alle diese Ereignisse zwingen uns, die Probleme von Freiheit und Autorität sowohl in der Politik als auch in der politischen Theorie zu bedenken. Politik ist eine zu ernste Angelegenheit geworden, um sie den Politikern allein zu überlassen.“<sup>57</sup>

Eliots Ziel war es, mit dem *Criterion* das Forum für eine konservative, europäische Geistesaristokratie zu schaffen und ihre einzelnen Vertreter miteinander in Verbindung zu bringen. Doch trotz des meist ästhetisch-distanzierten Gestus war die politische Tendenz dieser Bemühungen offensichtlich – insbesondere im Zusammenhang mit Eliots Bewunderung für die Action Française. Im Dezember 1928 schrieb Eliot: „Die meisten Konzepte, die ich möglicherweise im Faschismus interessant gefunden hätte, habe ich in einer weit bekömmlicheren Form bereits im Werk von Charles Maurras gefunden. Ich sage in einer bekömmlicheren Form, weil ich denke, sie sind für England besser geeignet als jene des Faschismus.“<sup>58</sup> Neben Hilaire Belloc und T. E. Hulme war es vor allem Eliot, der die Ideen der Action Française in Großbritannien einführte und der Maurras nach seiner Exkommunikation durch den Papst 1927 gegen seine Kritiker entschieden in Schutz nahm<sup>59</sup>. Mit Maurras teilte er dessen elitären Anspruch, seinen radikalen Monarchismus, seine Vorstellung einer korporativen Gesellschaftsordnung und zu einem gewissen Grad seinen Antisemitismus<sup>60</sup>. Bezeichnenderweise hatte der Romanist und Publizist Robert Curtius 1927 in einem Nachruf auf Hugo von Hofmannsthal – dessen „Das Schrifttum als geistiger Raum der Nation“ für viel Aufmerksamkeit im *Criterion* gesorgt hatte<sup>61</sup> – Eliot, Maurras und Hofmannsthal zusammen als Vertreter einer „konservativen Revolution“ im Sinne eines „westeuropäischen Gesamtvorgangs“ apostrophiert<sup>62</sup>.

<sup>56</sup> Jason Harding, *The Criterion. Cultural Politics and Periodical Networks in inter-war Britain*, Oxford 2002, S. 179. Zu Eliots politischen Überzeugungen in einem weiteren Kontext vgl. Richard Griffiths, *Three 'Catholic Reactionaries: Claudel, T. S. Eliot and Saunders Lewis'*, in: Ders. (Hrsg.), *The Pen and the Sword: Right-Wing Politics and Literary Innovation*, S. 57–79; Ernst Beer, *T. S. Eliot und der Antiliberalismus des XX. Jahrhunderts*, Wien 1953.

<sup>57</sup> T. S. Eliot, *A Commentary*, in: *The Criterion*, November 1927, S. 386.

<sup>58</sup> T. S. Eliot, *A Commentary*, in: *The Criterion*, Dezember 1928, S. 289.

<sup>59</sup> Vgl. T. S. Eliot, *The Action Française, Mr. Maurras and Mr. Ward*, in: *The Criterion*, März 1928, S. 195–203.

<sup>60</sup> Vgl. Anthony Julius, *T. S. Eliot, Anti-Semitism and Literary Form*, Cambridge 1995, S. 214–217.

<sup>61</sup> Vgl. Harding, *The Criterion*, S. 215 ff.

<sup>62</sup> Robert Curtius, *Hofmannsthals deutsche Sendung*, in: *Neue Schweizer Rundschau*, Juli 1929, S. 587. Allgemein zur Affinität der britischen literarischen Avantgarde vor allem zum italienischen Faschismus vgl. John R. Harrison, *The Reactionaries, Yeats, Lewis, Pound, Eliot*,

Für Neokonservative wie Ludovici, Petrie, Wallop oder Jerrold war der *Criterion* nur bedingt ein Forum. Zwar wurden auch ihre Schriften durchaus positiv rezensiert, und Autoren wie Douglas Jerrold schrieben selber ambitionierte, kulturkritische Artikel. Doch letztlich war die Zeitschrift für diese Autoren sicher nicht politisch genug. Auf der anderen Seite konnten die etablierten rechts-konservativen Zeitungen und Zeitschriften wie die *Morning Post*, der *Patriot* und die *National Review* kaum dem intellektuellen Anspruch der Neokonservativen genügen. Neben ihren eigenen Veröffentlichungen bedurfte es daher Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre neuer publizistischer Foren um die intellektuelle und politische Opposition der Neokonservativen zu transportieren.

Ein Versuch, den in Großbritannien gut organisierten linken Intellektuellen auch institutionell zu begegnen, war das 1928 gegründete Ashridge Bonar Law Memorial College. Das neue College, das unter dem Kurznamen Ashridge bekannt wurde, diente ursprünglich als dezidiert antisozialistisches Lehr- und Lernzentrum. Ashridge war als Stiftung gegründet worden und daher formal unabhängig von der Konservativen Partei. Dennoch entwickelte es sich in den dreißiger Jahren zu einem Zentrum der politischen Bildung der Tories<sup>63</sup>. Der Historiker Arthur Bryant wurde zum Sekretär des Education Departement von Ashridge ernannt und avancierte zum Herausgeber des *Ashridge Journal*. Bryant machte aus seiner antiliberalen, antisemitischen und antikapitalistischen Haltung auch in seinen populärwissenschaftlichen Abhandlungen kein Geheimnis und entwickelte sich im Laufe der dreißiger Jahre zu einem Sympathisanten des NS-Regimes und des faschistischen Italien<sup>64</sup>. Höhepunkt dieser Entwicklung ist sein im Januar 1940 veröffentlichtes, explizit antisemitisches und mit dem Nationalsozialismus sympathisierendes Buch *Unfinished Victory*, dessen – zumindest in den ersten Monaten des Jahres 1940 – überwiegend positive Rezeption von dem Historiker Richard Griffiths kürzlich dokumentiert wurde<sup>65</sup>.

Dem neokonservativen *English Review*-Zirkel um Jerrold gelang es schon früh, Vorträge in Ashridge zu halten und Artikel in der Zeitschrift *Ashridge Journal* zu plazieren. In Jerrolts Erinnerungen erscheint die „Infiltration“ Ashridges mit

---

Lawrence. A Study of the Anti-Democratic Intelligentsia, New York 1967; Alastair Hamilton, The Appeal of Fascism: A Study of Intellectuals and Fascism 1919–1945, London 1971; Peter Firchow, Der Faschismus und die literarische Avantgarde in England zwischen den Weltkriegen, in: Reinhold Grimm/Jost Hermand (Hrsg.), Faschismus und Avantgarde, Königstein/Ts. 1980, S. 35–65; Leslie Susser, Fascism, Literary Modernism and Modernization, The British Case, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 13 (1989), S. 463–486; Ulrich Broich, Ezra Pound, Shaw, Wyndham Lewis als Bewunderer von Lenin und Mussolini, in: Germanisch-Romanische Monatsschrift 50 (2000), S. 464–479.

<sup>63</sup> Vgl. Ewen H.H. Green, Ideologies of Conservatism. Conservative Political Ideas in the Twentieth Century, Oxford 2002, S. 135–138; Clarisse Berthezène, Ashridge College, 1929–54: A glimpse at the Archive of a Conservative Intellectual Project, in: Contemporary British History 19 (2005), S. 79–93.

<sup>64</sup> Vgl. Andrew Roberts, Patriotism: The last Refuge of Sir Arthur Bryant, in: Ders., Eminent Churchillians, London 1994, S. 287–322.

<sup>65</sup> Vgl. Richard Griffiths, The reception of Bryant's *Unfinished Victory*: insights into British public opinion in early 1940, in: Patterns of Prejudice 38 (2004), S. 18–36.



den Autoren aus dem *English Review*-Kreis als ein ausdrücklicher Erfolg der Gruppe, im Zuge ihrer Strategie orthodoxe Parteigremien zu beeinflussen<sup>66</sup>. Und tatsächlich gehörten mit Jerrold selbst, mit Petrie, Arnold Wilson, Herbert Agar, A. G. Street, W. S. Morrison und mit Francis Yeats-Brown<sup>67</sup> der journalistische Kern der Zeitschrift zu den Dozenten und Autoren in Ashridge. Daß sie sich dort keineswegs mit ihrer Systemkritik und mit ihrer Vorstellung eines „true toryism“ zurückhielten, zeigt ein Artikel von Charles Petrie im *Ashridge Journal*, den es sich zu zitieren lohnt: „Der Tory schaut sich nun um in der Welt und sieht Disziplin außer in Italien überall im Ausverkauf. [...] Die schwärzeste Stunde kommt sprichwörtlich vor dem Sonnenaufgang und dieser ist bereits zu sehen. Die Reaktion gegen die Ideale der Französischen Revolution beginnt auf dem Kontinent und wird nicht lange brauchen, um dieses Land zu erreichen. Für den Tory wird es keinen Grund geben, ein schwarzes oder braunes Hemd anzuziehen, wenn dieser Tag kommt. Alles was getan werden muß, ist unser nationales Leben und unsere Verfassung von einigen Exzessen zu befreien, welchen das achtzehnte und neunzehnte Jahrhundert erlaubte, ihre Vitalität zu schwächen; kurz gesagt, zurückzukehren zu den fundamentalen Prinzipien des Toryism.“<sup>68</sup>

Einige Auswüchse des Systems gelte es zu korrigieren – das klingt hier bewußt unradikal, doch die für alle Neokonservativen so typische historische Perspektive macht deutlich, daß ihr Konzept eines „true toryism“ sich entscheidend von einem gemäßigten Konservatismus unterscheidet. Denn Autoren wie Petrie sahen den ideologischen Anknüpfungspunkt für ihren „true toryism“ nicht im traditionellen Konservatismus der letzten 200 Jahre, da dieser ebenfalls durch den Siegeszug der Ideen der Französischen Revolution diskreditiert war. Nach der Vorstellung der Neokonservativen waren die Vertreter der Legitimität Kirche und König. Diese Überzeugung teilten sie sicher mit den meisten britischen Konservativen. Doch anders als diese waren die Neokonservativen keineswegs bereit, sich mit den politischen Implikationen des industriellen Modernisierungsprozesses auszuöhnen. Der klassische Konservatismus war in Großbritannien – verkörpert durch die Konservative Partei – Träger des parlamentarischen Systems und auch seiner demokratischen Ausweitung durch die Wahlrechtsreformen geworden. Die Neokonservativen wollten diesen Prozeß nicht etwa nur korrigieren, sondern

<sup>66</sup> Vgl. Jerrold, *Georgian Adventure*, S. 334.

<sup>67</sup> Der als Sohn einer englischen Diplomatenfamilie in Genua geborene Francis Yeats-Brown (1886–1944) kämpfte in der Indian Army im Ersten Weltkrieg und wurde berühmt mit dem Roman *Bengal Lancer*, der 1930 erschien und 1935 mit Gary Cooper in der Hauptrolle verfilmt wurde. Er schrieb für die Wochenzeitschrift *Spectator* (1926–1931) und wurde 1933 für wenige Monate Chefredakteur des *Everyman*. In den 1930er Jahren war er Mitglied im *January Club* und später in dem von Archibald Ramsay gegründeten rechtsextremen und antisemitischen *Right Club*. Als entschiedener Verfechter eines korporativen Modells für Großbritannien galt seine publizistische Aufmerksamkeit dem Bürgerkrieg in Spanien und einer entschiedenen Unterstützung der Appeasement-Politik. Die offenkundige Sympathie für das nationalsozialistische Deutschland schlug sich dann auch in seinem Hauptwerk *The European Jungle* (1938) nieder.

<sup>68</sup> *Ashridge Journal* September (1933), S. 8 u. S. 10.

komplett rückgängig machen. Sie sahen sich dabei Anfang der dreißiger Jahre als Teil einer europäischen Entwicklung. Doch sie hielten es für nicht notwendig, dafür eine eigene Partei zu gründen. Aus ihrer Sicht konnte allein die Konservative Partei das Vehikel der Erneuerung sein. Die Lektion des faschistischen Italien – so Petrie in der *English Review* im Oktober 1932 – könne für Großbritannien nur bedeuten, daß die konservativen Kräfte in die Offensive gehen müßten: „Wir Tories sind die wahren Revolutionäre unserer Zeit. Den existierenden sozialen Planstaat wollen wir nicht. Er muß mit allen verfügbaren Mitteln bis zum Umsturz bekämpft werden. Für diesen Kampf gibt es mehr als eine Waffe, die zum eigenen Vorteil aus dem Arsenal des Faschismus geliehen werden kann.“<sup>69</sup>

Die *English Review* war bereits Mitte der zwanziger Jahre eine Plattform der politisch-philosophischen Diskussion eines „true toryism“ gewesen. Doch mit dem Beginn von Jerrolds *Current Comments* 1929 und der Übernahme der Herausgeberschaft der Zeitschrift 1931 intensivierte sich dieser Diskurs maßgeblich. Unterstützt von einer Reihe prominenter Intellektueller wie Eliot und Belloc sowie einiger führender „Diehard“-Oppositioneller war es ja geradezu das strategische Ziel der Zeitschrift gewesen, die innerparteiliche Opposition ideologisch zu untermauern. Es ging darum, so erinnerte sich Petrie, „to use the Review as a platform for real Toryism as opposed to the plutocratic Conservatism represented by the official party under the then Mr. Baldwin’s uninspiring leadership“<sup>70</sup>.

Für Jerrold und die anderen Redakteure der *English Review* war es dabei entscheidend, ihr Konzept des „real toryism“ von einem rein defensiven, reformfeindlichen Konservatismus abzusetzen. „Wenn Konservatismus“, so Jerrold im Juni 1931, „nichts besseres zu tun hat, als den wissenschaftlichen Fortschritt zum Kollektivismus unseres industriellen Chaos zu verzögern; wenn er in der Politik nichts besseres zu tun hat als Floskeln zu finden, die es uns erlauben, Lippenbekenntnisse zu einer alten Ordnung abzugeben, aber gleichzeitig taktisch im Establishment der neuen Ordnung mitwirkt und es so rechtfertigt; wenn er der christlichen Sozialordnung keine ernsthaftere Bedeutung beimißt als die fromme Hoffnung, daß ihr Umsturz nicht mit Gewalt begleitet wird; wenn diese Dinge den Beitrag unserer Generation zum Konservatismus repräsentieren, dann ist Konservatismus nicht nur eine armselige Angelegenheit, sondern eine gefährliche Angelegenheit.“<sup>71</sup> Vor allem gelte es, so Jerrold, sich von jenem materialistischen Fortschrittsideal zu trennen, das maßgeblich für den chaotischen Zustand der modernen Zivilisation verantwortlich sei. Ein wahrer Konservatismus müsse sich so zunächst zum Anwalt der spirituellen Grundlagen und der tieferen Loyalitäten des Menschen machen und diese gegen seinen Hauptgegner, den Liberalismus, verteidigen<sup>72</sup>.

Jerrolds Konzept des „true toryism“ ist hier im wesentlichen – noch recht abstrakt – kulturpessimistisch als Wunsch nach einer fundamentalen Verände-

<sup>69</sup> Petrie, *Foreign Affairs*, S. 410.

<sup>70</sup> Charles Petrie, *Chapters of Life*, London 1950, S. 130.

<sup>71</sup> Douglas Jerrold, *What is Conservatism*, in: *English Review*, Juni 1931, S. 51.

<sup>72</sup> Vgl. ebenda, S. 60.

rung der gesellschaftlichen Wirklichkeit gedacht. Der existentielle Ernst des Lebens sollte gegen seine liberal-materialistische Verflachung wieder in einen ursprünglichen Zustand zurückversetzt werden. Gegen die Aufsplitterung der pluralistischen Gesellschaft in konkurrierende Interessen setzte er das Ideal einer ursprünglichen Reinheit und autoritären Ordnung. Was dies konkret politisch bedeuten soll, blieb hier noch vage. Doch bereits im Juli 1931 machte Jerrold deutlich, daß er die grundlegende Fehleinschätzung der politischen Natur des Menschen durch den Liberalismus für die Ursache des notwendigen Scheiterns des „great democratic experiment“<sup>73</sup> ansah. Als intellektuellen Gewährsmann berief er sich dabei auf den deutschen Publizisten und Herausgeber der jungkonservativen Zeitschrift „Deutsches Volkstum“, Wilhelm Stapel, und veröffentlichte in derselben Ausgabe einen Artikel Stapels mit dem englischen Titel „The Coming Conservative Revolution“. Dazu kommentierte Jerrold: „Die Theorie, die er in seinem Artikel präsentiert, gehört zu den kardinalen Prinzipien jener Bewegung, die passenderweise Gegenrevolution genannt werden kann und die momentan die Gedankenwelt ganz Europas aufwirbelt.“<sup>74</sup>

Stapels Beitrag für die *English Review* ist hauptsächlich eine kulturpessimistische Bestandsaufnahme der europäischen Situation anhand des Antagonismus Institution und Organisation. Der Liberalismus habe vornehmlich das Ziel gehabt, die tradierte, institutionelle Ordnung der Gesellschaft zu bekämpfen und durch rationale, Partikularinteressen vertretende Organisationen zu ersetzen. Doch jene tieferen, nicht materiellen, nicht rationalen Kräfte – die sich in Religion, Nation und Rasse artikulierten – ließen sich nicht ewig unterdrücken. „Thus, after the liberal revolution of the eighteenth century the conservative revolution is at hand.“<sup>75</sup> Bemerkenswert ist, daß Stapel – der Advokat des deutschen Volkes – diese konservative Revolution als eine gesamteuropäische Entwicklung prophezeit. Wie Jerrold sah er sich als Teil einer geistesgeschichtlichen Gegenbewegung gegen den durch Aufklärung und französische Revolution ausgelösten Säkularisierungsprozeß. Gerade jenes Beharren auf der Gültigkeit übernationaler christlicher Werte und eines europäischen Kulturbestands gegen die Gefahren von materialistischer Auflösung und zivilisatorischer Pluralität ermöglichte eine transnationale Verständigung von Männern wie Jerrold und Stapel. (Im innerdeutschen Diskurs andererseits trennte dies Stapel von Theoretikern eines „deutschen Christentums“ und Vertretern einer „rassischen Religionsfindung“<sup>76</sup>.) Eine solche Verständigung mußte jedoch schnell an ihre Grenzen stoßen. Es ist unklar, wie gut Jerrold oder seine Mitarbeiter die Publizistik Stapels kannten, doch seine universelle Einigungsversion eines europäischen Reiches unter deutscher Vorherrschaft konnten sie nicht unterstützen.

<sup>73</sup> Douglas Jerrold, Current Comments, in: *English Review*, Juli 1931, S. 139.

<sup>74</sup> Ebenda, S. 140.

<sup>75</sup> Wilhelm Stapel, The Coming Conservative Revolution, in: *English Review*, Juli 1931, S. 172.

<sup>76</sup> Ascan Gossler, Publizistik und konservative Revolution. Das „Deutsche Volkstum“ als Organ des Rechtsintellektualismus 1918–1933, Hamburg 2001, S. 125 f.

Waren die konkreten politischen Forderungen der von Jerrolds in der *English Review* vertretenen Liberalismuskritik 1931 noch recht vage, so legte er ein Jahr später seine Zurückhaltung ab. Zum Kernbestand der politischen Agenda der „Diehard“-Konservativen hatte schon in der Vorkriegszeit die Forderung nach einer nachhaltigen Stärkung des Unterhauses gehört. Gegen die beinahe routinemäßig wieder aufkommende Debatte wandte sich Jerrold im April 1932 mit aller Entschiedenheit. Ziel einer konstitutionellen Reform könne nicht einfach eine politische Barriere gegen ein weiterhin durch allgemeines Wahlrecht geformtes House of Commons sein. Denn auch dann bleibe das Grundproblem der Abhängigkeit der Regierung von Abgeordneten, deren politische Karrieren wiederum vom Wahlvolk abhingen. Eine Lösung des konstitutionellen Problems war für Jerrold dennoch möglich: „Es kann im Sinne des korporativen Staates gelöst werden, an dem die besten Köpfe des Kontinents arbeiten, oder es kann im Sinne eines permanent tagenden Parlaments gelöst werden, bei dem nur eine gewisse Anzahl der Abgeordneten jährlich oder alle zwei Jahre gewählt wird.“<sup>77</sup> Jerrolds politische Forderungen erscheinen hier noch etwas unentschieden. Doch in den folgenden Monaten entwickelte sich die Idee des korporativen Staates zum zentralen Fluchtpunkt der politischen Agenda Jerrolds und seiner Mitstreiter in der *English Review*.

Symptomatisch für den rechts-intellektuellen Diskurs ist zunächst Jerrolds fundamentales Krisenbewußtsein, das Gefühl einer bevorstehenden politischen Zäsur auch in Großbritannien. Wenn „grundlegende konservative Prinzipien“ nicht zum Zuge kämen, führe der Weg unausweichlich in eine sozialistische Revolution. Doch noch sei nicht alles verloren, „da wir heute als Ergebnis der Wiederbelebung konservativen Denkens, zum ersten Mal seit vielen Jahren, eine große, organisierte und noch wachsende intellektuelle Bewegung haben, die eher revolutionär als traditionell, eher jung und enthusiastisch als vorurteilvoll und verschoben ist und die fest überzeugt ist, dass die Chance, konservative Prinzipien konstruktiv anzuwenden, nicht verloren gehen darf.“<sup>78</sup>

Obwohl Jerrold und auch sein außenpolitischer Korrespondent Petrie den Nationalsozialisten durchaus kritisch gegenüber standen, bewies deren „Machtergreifung“ aus ihrer Sicht erneut die historische Überlebtheit des parlamentarischen Systems. Gleichzeitig erhöhte sich damit im Frühjahr 1933 der Druck auf Jerrold, seine eigenen Vorstellungen einer politischen Alternative zu konkretisieren. Als Ergebnis dieser Überlegungen läßt sich der erstmals in der *American Review* im Mai 1933 veröffentlichte Aufsatz „English Political Thought and the Post-War Crisis“<sup>79</sup> interpretieren, der hinsichtlich der politischen Überzeugungen Jerrolds als Schlüsseltext angesehen werden muß – insbesondere auch deshalb, weil der Text marginal verändert im Oktober 1933 in der *English Review*<sup>80</sup> und

<sup>77</sup> Douglas Jerrold, Current Comments, in: *English Review*, April 1932, S. 344.

<sup>78</sup> Douglas Jerrold, Current Comments, in: *English Review*, Oktober 1932, S. 343.

<sup>79</sup> Douglas Jerrold, English Political Thought and the Post-War Crisis, in: *American Review*, Mai 1933, S. 150–178.

<sup>80</sup> Jerrold, Future, S. 337–358.

1935 als letztes Kapitel in Jerrolds politisch-historischem Großentwurf „England“ wieder veröffentlicht wurde<sup>81</sup>.

Ausgangspunkt der Überlegungen Jerrolds ist erneut ein radikal anti-whiggistisches Geschichtsbild. Mit der Niederlage der Krone in der Glorious Revolution von 1688/1689 habe sich die Vorherrschaft des Materiellen vor dem Autoritären durchgesetzt und so den Beginn einer bürgerlichen Klassenherrschaft ermöglicht, die mit Hilfe eines fortschrittsgläubigen Liberalismus nicht nur die Monarchie und den besitzenden Adel entmachtete, sondern die Idee des Staates als übergeordnete Instanz insgesamt bedeutungslos machte. So lange die Bourgeoisie sich selbst habe bereichern und somit auch den Rest des Landes habe versorgen können, sei der tatsächliche Bankrott des Liberalismus zu verdecken gewesen. Doch mit dem Ersten Weltkrieg und den Nachkriegsjahren waren die Bedingungen dafür endgültig zerstört. Eine konservative Restauration sei dennoch unmöglich geworden: „Es gab keine alte Ordnung, die man hätte wiederherstellen können. Es gab kein Bauertum, das als Gegengewicht zum besitzlosen, urbanen Proletariat hätte dienen können. Es gab überhaupt keine Regierung im Sinne eines organischen Staates, der über den Besitzenden und Besitzlosen steht.“<sup>82</sup> Statt dessen sei die direkte Folge des Krieges eine Form des Staatskapitalismus gewesen, der es der Bourgeoisie erlaubt habe, mit Hilfe von gesetzgeberischer Gewalt ihre Monopole im Wirtschafts- und Finanzwesen auszubauen. Der Ruf nach nationaler Planung in der Öffentlichkeit – wie er sich in der Koalitionsregierung des National Government seit 1931 manifestierte – sei angesichts der wirtschaftlichen Turbulenzen verständlich, verdecke jedoch nur die eigentlichen Probleme. Als Lösung für die fundamentale wirtschaftliche und politische Krise plädierte Jerrold für eine Wiederbelebung der nationalen Energien in „an Anglo-Saxon version of the Ethical State“<sup>83</sup>. Gemeint war damit im wesentlichen eine autoritäre Staatsform mit einer hierarchischen Gesellschaftsordnung und einem korporativen Wirtschaftssystem, basierend auf der Zerschlagung der Großindustrie und einer möglichst breiten Neuverteilung des Eigentums im Sinne der Theorie des Distributivism. Jerrold war sich bewußt, daß er hier nicht einige politische Korrekturen innerhalb des bestehenden Systems forderte. Erreichen wollte er diese Systemänderung jedoch nicht über eine revolutionäre Massenmobilisierung, sondern mit „State action of the most forceful kind“<sup>84</sup>. Entscheidend für den Erfolg einer solchen „Revolution von oben“ war aus Jerrolds Sicht, ob es gelingen würde, eine strategische Allianz zu schmieden zwischen „Authoritarians“ (womit er die „Diehard“-Konservativen meinte), „new Conservatives“ (womit er neben sich und Leuten wie Petrie vor allem die jungen Tory-Abgeordneten meinte, die der *English Review* Gruppe nahe standen) und „Individualists“ (womit er die antietatistische Gruppe um seinen ehemaligen Chef, den Verleger Ernest Benn, meinte). „Diese Gruppen außerhalb der politischen Parteien gewinnen an Einfluß. Wenn sie ihre Kräfte vereinen, wird ihr

<sup>81</sup> Vgl. Douglas Jerrold, *England*, London 1935.

<sup>82</sup> Jerrold, *English Political Thought*, S. 160.

<sup>83</sup> Ebenda, S. 174.

<sup>84</sup> Ebenda, S. 178.

Einfluß dominierend sein. Falls nicht, liegt die Zukunft im revolutionären Sozialismus und der Staub wird sich auf die Überreste eines weiteren einst hoffnungsvollen Experiments legen.<sup>85</sup>

### **Aus der „world of letters“ in die „world of politics“ – Die Etablierung der Zeitschrift *Everyman* und das Lord-Lloyd-Dinner im Herbst 1933**

Douglas Jerrolds politisches Konzept war mit dem bestehenden politischen System nicht vereinbar. Zu seiner Realisierung bedurfte es einer „Revolution von oben“. Trotz aller Kritik an den Parteien im allgemeinen, sah er jedoch nur die Konservative Partei als mögliches Instrument, um eine solche Systemänderung durchzuführen. In seinen Erinnerungen von 1937 heißt es: „We were not, of course, proposing to appeal primarily to the people. We decided that neither through the House of Commons nor through the electorate could salvation come, but through the party.“<sup>86</sup> Für Jerrold und seine neokonservativen Mitstreiter war damit das erste taktische Ziel vorgegeben: Es galt zunächst, innerhalb der Konservativen Partei Unterstützung für die eigene oppositionelle Position zu gewinnen, um dann mit einer radikal-konservativen Regierung das parlamentarische System auszuhebeln. Im Juni 1933 schrieb er: „Schließlich muß die Konservative Partei dem gegenwärtigen parlamentarischen System den Rücken kehren, um dort, wo es nötig ist, das System der Selbstverwaltung wiederherzustellen und es andererseits auf nationaler Ebene einer starken Zentralregierung zu ermöglichen, für die Nation als ganzes und nicht für eine Klasse zu sprechen. Das bedeutet die Anwendung des Prinzips der funktionalen und nicht mehr regionalen Repräsentation.“<sup>87</sup>

Von entscheidender taktischer Bedeutung war daher eine politische Allianz mit den „Diehard“-Konservativen. Eine Kooperation mit den einflußreichen Vertretern des rechten Flügels der Partei bot sich Anfang der dreißiger Jahre an. Denn diese befanden sich aufgrund der offiziellen, auf verstärkte Selbstverwaltung und Föderalismus setzenden Indien-Politik in offenem Widerstand zu der Regierung MacDonald/Baldwin. Tatsächlich mobilisierte das Thema Indien – wie zuletzt die Irland-Frage 1922 – Anfang der dreißiger Jahre noch einmal den gesamten „Diehard“-Flügel der Konservativen Partei. Lord Sydenhams Indian Empire Society und Henry Page Crofts India Defence Committee schlossen sich im Frühjahr 1933 zur India Defence League zusammen, in der sowohl die parlamentarische als auch die außerparlamentarische Opposition gegen die Regierungspläne organisiert wurden. Prominente Konservative wie Winston Churchill attackierten die Koalitionsregierung und die Parteiführung der Konservativen in den frühen dreißiger Jahren mit aller Entschiedenheit. Publizistische Unterstützung bekamen die „Diehard“-Oppositionellen dabei von der eigens gegründeten *Indian Empire Review*, der *National Review* und dem *Patriot* sowie den konservativen Tageszeitun-

<sup>85</sup> Ebenda.

<sup>86</sup> Jerrold, *Georgian Adventure*, S. 342.

<sup>87</sup> Douglas Jerrold, *Current Comments*, Juni 1933, S. 600.

gen *Morning Post*, *Daily Mail* und *Daily Express*<sup>88</sup>. Die Opposition gegen die Indien-Politik der Regierung bis zum India Act 1935 wurde so zu einem Kristallisationspunkt eines seit dem Vorabend des Ersten Weltkriegs für Unruhe sorgenden Radikal-Konservatismus und gleichzeitig gewissermaßen dessen letzte Schlacht. Denn mit der Niederlage der „Diehard“-Konservativen 1935 verlor der imperiale, radikal-konservative Flügel der Partei massiv an Einfluß und Bedeutung<sup>89</sup>.

Einen Versuch, den „Diehard“-Flügel der Konservativen Partei mit den jüngeren Neokonservativen zusammenzubringen, stellte die *English Review*-Gruppe und ihr in zweiwöchigem Abstand stattfindender Lunchclub dar. Neben einer Reihe jüngerer Abgeordneter nahmen an diesen Treffen u. a. Leopold Amery, Robert Horne und Lord Winterton regelmäßig teil<sup>90</sup>. Doch mit keinem anderen Vertreter des „Diehard“-Flügels verbanden sich im Laufe des Jahres 1933 so große politische Hoffnungen der Neokonservativen als mit Lord Lloyd, dem ehemaligen Hochkommissar von Ägypten und dem Sudan.

George Ambrose Lloyd hatte sich nach seiner Rückkehr aus Afrika einen Namen als kompromißloser „Diehard“ und Anführer der Opposition gegen die Indien-Politik der Regierung im House of Lords gemacht<sup>91</sup>. Gegen den Vorwurf der Illoyalität wehrte sich Lloyd entschieden, doch gleichzeitig war für ihn klar: „When the future of India is at stake, does Mr. Baldwin really expect that we should subordinate the fate of an Empire to consideration of party harmony?“<sup>92</sup> Lloyds harte Oppositionshaltung machte ihn in den Augen anderer konservativer Oppositioneller zu einem potentiellen neuen Partei- und Regierungschef. Im August 1933 schrieb Jerrold am Ende seiner *Current Comments*, denen direkt der Abdruck einer längeren Rede Lord Lloyds folgte: „But no great cause will ever lack a leader, and if a leader is here we shall support him to the best of our powers.“<sup>93</sup> Später schrieb Jerrold, daß Lloyd der einzige Mann in der Konservativen Partei war, „who could rely on the support of the diehards and who could yet command a followings among the young men“<sup>94</sup>. Lord Lloyd als Führer einer neuen autoritären Regierung oder gar als Diktator – das war 1933 keineswegs nur die politische Phantasie von Rechtsintellektuellen wie Jerrold. Das auflagenstarke Massenblatt *Daily Express* etwa veröffentlichte am 19. Juni 1933 ein begeistertes Portrait von Lloyd, das mit folgenden Sätzen begann: „Panther-like Lord Lloyd [...] is regarded by some of his admirers as a possible future dictator. He would possibly make an excellent dictator – for say three years.“<sup>95</sup> Lady Houston, die exzentrische und sehr wohlhabende Herausgeberin der *Saturday Review* und begeisterte Anhängerin Mussolinis, hatte Lloyd bereits im Oktober 1932 eine Summe von £ 100.000 angeboten, falls er eine Kampagne zur Übernahme der Regie-

<sup>88</sup> Vgl. Webber, *The Ideology of the British Right*, S. 40–42.

<sup>89</sup> Vgl. Ramsden, *History of the Conservative Party*, Bd. III, S. 336.

<sup>90</sup> Vgl. Jerrold, *Georgian Adventure*, S. 334; Petrie, *Chapters of Life*, S. 130.

<sup>91</sup> Vgl. John Charmley, *Lord Lloyd and the Decline of the British Empire*, London 1987, S. 182.

<sup>92</sup> *Conservative Party and India. Lord Lloyd's Reply to Mr. Baldwin*, in: *The Times*, 2. 5. 1933.

<sup>93</sup> Douglas Jerrold, *Current Comments*, August 1933, S. 122.

<sup>94</sup> Jerrold, *Georgian Adventure*, S. 343.

<sup>95</sup> *Daily Express*, 19. 6. 1933.

rung starten wolle. Allerdings akzeptierte Lloyd erst ein Jahr später einen Scheck Lady Houstons über £ 5.000 zur Unterstützung seiner Indien-Kampagne<sup>96</sup>.

Am entschiedensten befürwortete im Herbst 1933 die Wochenzeitschrift *Everyman* eine politische Führungsrolle für Lloyd an der Spitze eines autoritären Systems. Dies war kein Zufall. Denn nicht nur gehörte der neue Herausgeber des *Everyman* und bisherige stellvertretende Herausgeber des *Spectator* (1926–1931), Francis Yeats-Brown, zum *English Review*-Zirkel (Jerrold rühmt sich, Yeats-Brown entdeckt zu haben<sup>97</sup>), sondern das ganze Projekt des neuen *Everyman* war im wesentlichen getragen von den Beiträgen der *English Review*-Gruppe. Aber auch der Mussolini-Verehrer und Herausgeber des *London Mercury*, Sir John Squire, der ehemalige Herausgeber der *Eugenics Review*, Eldon Morre, und der Dekan der Londoner St. Pauls Cathedral, William Inge, schrieben Beiträge für den *Everyman*, der laut eigener Angabe seine Auflage seit der Übernahme der Herausgeberschaft durch Yeats-Brown von 10.000 auf 40.000 Exemplare steigern konnte<sup>98</sup>.

Francis Yeats-Brown hatte sich zuvor persönlich ein Bild vom italienischen Faschismus gemacht. „Yeats Brown returned from Italy more than ever convinced that this new political order contained vital lessons for Great Britain“<sup>99</sup>, so sein Biograph, John Evelyn Wrench. Gleich in der ersten Ausgabe des neuen *Everyman* machte Yeats-Brown unmißverständlich klar, wo er seine Zeitung politisch positionieren wollte: „Wir wollen eine Macht in England sein, eine Macht um allem Falschem die Zähne auszuschlagen. [...] Wir sind gegen die unfruchtbaren Doktrinen des Sozialismus, Kommunismus und Klassenkampf. Wir sind gegen den viktorianischen Individualismus mit seinem gedankenverlorenen Idealismus, der, wenn er von der Freiheit des Menschen redet, die Freiheit des Geldes meint. Die alten politischen Lager haben ihre Bedeutung verloren. Wir glauben daher an eine Verfassung nach dem Muster des Korporativen Staates. Italienischer Faschismus würde in England nicht funktionieren, aber wir müssen von einer kleinen Gruppe Männer regiert werden, die vom Volk gewählt werden, aber mit diktatorischer Macht über eine Periode von mehreren Jahren ausgestattet sind.“<sup>100</sup>

Nach einem solchen publizistischen Paukenschlag ist es kaum verwunderlich, daß Yeats-Brown sich gegen den Vorwurf zur Wehr setzen mußte, den Faschismus in England einführen zu wollen. Zumal er auch in seinem alten Hausblatt, der renommierten konservativen Wochenzeitung *Spectator*, für die Etablierung des korporativen Staates eintrat<sup>101</sup>. In den nächsten Ausgaben des *Everyman* distanzierte sich Yeats-Brown dann sowohl vom italienischen Faschismus als auch von Mosleys British Union of Fascists<sup>102</sup>. Wie so oft bei den britischen Neokonservativen erfolgte die Abgrenzung gegen die Faschisten mit dem Argument, diese woll-

<sup>96</sup> Vgl. Charmley, Lord Lloyd, S. 188 f.

<sup>97</sup> Vgl. Jerrold, *Georgian Adventure*, S. 299.

<sup>98</sup> Vgl. *Everyman*, 13. 10. 1933, S. 3.

<sup>99</sup> John Evelyn Wrench, *Francis Yeats-Brown 1866–1944*, London 1948, S. 167.

<sup>100</sup> *Everyman*, 22. 9. 1933, S. 1 f.

<sup>101</sup> Vgl. Francis Yeats-Brown, *Alternatives to Democracy: The Corporate State*, in: *The Spectator*, 13. 10. 1933.

<sup>102</sup> Vgl. *Everyman*, 29. 9. 1933, S. 3.



ten lediglich ein ausländisches Modell kopieren, das an sich völlig unenglisch sei. Das Unenglische am Faschismus war für die Neokonservativen jedoch vor allem das faschistische Verständnis von Politik als öffentlich inszenierte „Bewegung“. Dieses hielt man für unvereinbar mit der eigenen politischen Kultur: „We do not wear black shirts.“<sup>103</sup> Daß es hinsichtlich der angestrebten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durchaus Gemeinsamkeiten mit den britischen Faschisten gab, war den Neokonservativen bewußt. Doch eine taktische Allianz mit Mosley kam deshalb für sie nicht in Frage. Das politische Hauptziel, die Abschaffung der repräsentativen parlamentarischen Demokratie zugunsten einer korporativen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, wollten die Neokonservativen keineswegs revolutionär erreichen. Der Korporative Staat, so Douglas Jerrold in einem seiner entschiedensten Plädoyers für eine Änderung des politischen Systems im Oktober 1933, „is a constitutional system which can be brought into being by constitutional means“<sup>104</sup>.

Neben der Propagierung des Korporativen Staates nicht nur in einem intellektuellen Monatsmagazin, sondern in einer etablierten Wochenzeitung, diente das Projekt des *Everyman* auch dem Aufbau von Lord Lloyd als zukünftiger Führungspersönlichkeit. Unter der Überschrift „Beaverbrook, Mosley, Cripps. What of Lloyd?“ hatte Yeats-Brown Ende September 1933 die politischen und persönlichen Vor- und Nachteile der „Kandidaten“ abgewogen, wobei suggeriert wurde, daß die Zukunft Großbritanniens entweder in einer konservativen Empire-Schutz-zollpolitik (repräsentiert durch den „presslord“ Beaverbrook), in einem faschistischen Führerstaat (repräsentiert durch Mosley) oder in einem sozialistischen Planstaat mit diktatorischer Übergangsphase (repräsentiert durch den Labour-Abgeordneten und prominenten Linkssozialisten Stafford Cripps) liege. Als Ausweg und gleichzeitig als ideale Synthese der Vorteile der anderen Alternativen erörterte Yeats-Brown schließlich Lord Lloyd, „the mystery-man of politics“<sup>105</sup>. Das Land brauche einen Führer, und Lord Lloyd wäre der richtige Mann, „if the present triumvirate of MacDonald, Baldwin and Runciman were to retire“. Doch darauf wollte man in der Gruppe um die *English Review* nicht länger warten.

Bereits Ende Oktober hatte Lord Lloyd eine Gruppe von oppositionellen Abgeordneten der Konservativen Partei um sich versammelt, um die Parteiführung herauszufordern. Laut den Tagebuchaufzeichnungen von Leopold Amery zählten zu dieser Zeit bereits 50 bis 60 Abgeordnete des Unterhauses zu den festen Unterstützern der Pläne Lloyds zu einer Absetzung Baldwins<sup>106</sup>. Die Gruppe um die *English Review* war an den Vorbereitungen für die Umsturzpläne maßgeblich beteiligt, die schließlich auf einer großen Abendveranstaltung am 21. November 1933 verkündet werden sollten: „We organised a large and exceptionally influential audience for a dinner at which the challenge to the Government's policy was

<sup>103</sup> Ebenda, 6. 10. 1933, S. 3.

<sup>104</sup> Douglas Jerrold, *The Corporate State in England*, in: *Everyman*, 13. 10. 1933, S. 5.

<sup>105</sup> *Everyman*, 29. 9. 1933, S. 5.

<sup>106</sup> Vgl. John Barnes/David Nicholson, *The Empire at Bay, The Leo Amery Diaries 1929–1945*, London 1988, S. 307 f.

to be launched.<sup>107</sup> Über 300 Konservative versammelten sich schließlich an jenem Abend im Savoy, darunter, so Amery: „many young men keen to hear a new gospel“<sup>108</sup>. Auch Jerrold erinnerte sich an die hohen Erwartungen, die viele der Anwesenden mitgebracht hatten: „There was enough anti-political dynamite in that room to have unseated half a dozen leaders.“<sup>109</sup> Doch zu einer Explosion kam das Dynamit nicht. Der von vielen Anwesenden erhoffte Versuch eines innerparteilichen Putschs blieb aus. Lloyds Rede war eine äußerst kritische Bestandsaufnahme der politischen Situation – eine direkte Herausforderung der Parteiführung und der Regierung war sie nicht.

Lloyd warf der Koalitionsregierung des National Government komplettes politisches Versagen vor und entfaltete einen radikal-konservativen Forderungskatalog. Angesichts der erschreckend hohen Arbeitslosigkeit bedürfe es der Schulung und Disziplinierung der Jugend zwischen 18 und 25 in einem nationalen Arbeitsdienst. Zur wirtschaftlichen und politischen Überlebensfähigkeit des Empires bedürfe es einer rigiden Schutzzollpolitik mit dem Ziel eines autarken Wirtschaftsraums, einer Wiederbelebung der Landwirtschaft und der eigenen Industrie, insbesondere der Kohle-Industrie, und einer entschiedenen militärischen Aufrüstung<sup>110</sup>. Im wesentlichen waren dies klassische Forderungen des „Die-hard“-Konservatismus – von einer Abkehr vom parlamentarischen System war hier keine Rede. Auch die von vielen erhoffte organisatorische und personelle Alternative zu Baldwin bot Lloyd nicht: „I have seen it suggested that it is my intention to form a new party or a new section of an old party. You who have listened to me with such forbearance tonight will realize that I have no such intention.“<sup>111</sup>

Die Enttäuschung vieler Anwesender war laut den Tagebuchaufzeichnungen Amerys groß. Lord Lloyd reagierte deprimiert, da er offensichtlich seinen Zuhörern nicht gegeben hatte, was sie von ihm erwartet hatten<sup>112</sup>. Tatsächlich ließ Lloyd das Potential für die Formierung einer innerparteilichen Rechtsopposition unter seiner Führung ungenutzt. Um die Aktion erfolgreich verlaufen zu lassen, hätte Lloyd – so Jerrold in seinen Erinnerungen – sich direkt als potentieller neuer Parteiführer positionieren müssen. Man habe unterschätzt, wie sehr die anwesenden Konservativen vor allem an Macht- und Personalfragen und wie wenig an der theoretischen Fundierung einer neuen Politik interessiert gewesen seien<sup>113</sup>. Die Distanz des Intellektuellen zu machtpolitischen Prozessen ist offensichtlich. Doch ob man aus Jerrolds Aussagen den Schluß ziehen kann, daß die Mehrheit der Anwesenden tatsächlich nur an einer Absetzung Baldwins interessiert war und ansonsten im Prinzip für eine Beibehaltung des politischen Status

<sup>107</sup> Jerrold, *Georgian Adventure*, S. 343.

<sup>108</sup> Barnes/Nicholson, *The Leo Amery Diaries*, S. 310.

<sup>109</sup> Jerrold, *Georgian Adventure*, S. 344.

<sup>110</sup> Vgl. *The National Government. Lord Lloyd's Criticism*, in: *The Times*, 22. 11. 1933.

<sup>111</sup> *Lloyd Papers at Churchill College* 22/13, zit. nach Charmley, *Lord Lloyd*, S. 190.

<sup>112</sup> Vgl. Barnes/Nicholson, *The Leo Amery Diaries*, S. 310.

<sup>113</sup> Vgl. Jerrold, *Georgian Adventure*, S. 344 f.

quo plädierte<sup>114</sup>, ist zumindest zweifelhaft. Nach den wenigen vorhandenen zeitgenössischen Aufzeichnungen war es ja gerade die Unentschlossenheit Lloyds, seine programmatischen Vorstellungen mit einem „call for action“ zu verbinden, die bei den Anwesenden Enttäuschung hervorrief<sup>115</sup>. Die Unzufriedenheit der Organisatoren des Dinners und der ihnen verbundenen, meist jungen Parteimitglieder richtete sich nicht allein gegen die Person Baldwins und das National Government, sondern auch gegen das, was sie aus ihrer Sicht politisch und institutionell repräsentierten: das an ein ineffektives Parteiensystem gebundene, dem politisch unmündigen Volk durch das allgemeine Wahlrecht ausgelieferte und gegenüber Großindustrie und Großkapital machtlose Gegenteil einer starken Regierungsform. Lord Lloyd selbst war sich bewußt, daß „unless some asylum is found for right wing thought amongst all the young and middle-aged men in the party, these will break away from Conservatism to Fascism, or other such nostrums“<sup>116</sup>.

Der eigentliche Grund für das Scheitern der Formierung einer innerparteilichen Rechtsopposition im November 1933 liegt wohl eher darin, daß jene Allianz zwischen Neokonservativen und „Diehards“ und damit großer Teile des Parteiestablishments, wie sie Jerrold sich erträumt hatte, gar nicht zu Stande gekommen war. Und dies hatte vor allem inhaltliche Ursachen. Lord Lloyd war nach seiner Nichtberücksichtigung für das National Government neben Winston Churchill einer der prominentesten Kritiker der Regierung und der konservativen Parteiführung. Doch anders als viele Neokonservative erhofft hatten, sah er sich weder als neuer Parteiführer, noch als „Übergangsdiktator“. Wie den meisten anderen „Diehards“ galt sein Augenmerk der Sicherung des Empire. Für Lloyd, der selbst von 1918–1923 Gouverneur von Bombay gewesen war, stellte die Indienpolitik der Regierung einen nationalen Verrat dar. Aus der Sicht Jerrolts hingegen war es „donquichotisch“ und verschwendete Energie, gegen die Indienpolitik der Regierung Sturm zu laufen. Zwar hätte das Empire einen guten Slogan abgegeben, doch „the movement was bound to fail, because it meant nothing to the youth of the party, who want a social policy“. Die Politik der India Defence League sei vor allem die Agitation von indischen Prokonsuln, Händlern und ehemaligen Soldaten und Beamten<sup>117</sup>. Tatsächlich hatte Indien in den Publikationen der Neokonservativen keine oder nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Zum einen standen ihre politischen Vorstellungen immer unter dem Primat der Innenpolitik, zum anderen diente ihnen mit dem mittelalterlichen „Merry England“ gerade eine Zeit des Empire-ante als mythisiertes Leitbild. In ihrem anti-whiggistischen Geschichtsverständnis war das Empire mit dem Makel eines liberalistischen Materialismus behaftet. Eine reine Verteidigung des Status quo war

<sup>114</sup> Vgl. Griffiths, *Fellow Travellers of the Right*, S. 48.

<sup>115</sup> Vgl. Charmley, *Lord Lloyd*, S. 189 f.

<sup>116</sup> So Lloyd in einem Brief an Lord Bledisloe vom 9. 7. 1934, zit. nach Ramsden, *History of the Conservative Party*, Bd. III, S. 336.

<sup>117</sup> Jerrold, *Georgian Adventure*, S. 346. Auch Petrie hielt eine Konzentration auf die Indien-Thematik für verfehlt. Vgl. Petrie, *Chapters of Life*, S. 130 f.

somit aus ihrer Sicht sinnlos – zunächst galt es vielmehr die Kräfte des englischen Mutterlandes zu revitalisieren.

Auf der anderen Seite dürften den meisten „Diehards“ die gesellschaftspolitischen Vorstellungen, wie sie in der *English Review* und im *Everyman* artikuliert wurden, zu weit gegangen sein. Innenpolitisch beschränkten sich ihre Forderungen meist auf eine Limitierung des Wahlrechts und eine Reform des House of Lords. Auch einige „Diehards“ des Partiestablishments spielten in den dreißiger Jahren mit der Idee eines korporativen Wirtschaftsmodells<sup>118</sup>. Doch Korporativismus war bei Männern wie Leo Amery nicht im Sinne einer grundsätzlichen Systemalternative zur parlamentarischen Demokratie, sondern vor allem ökonomisch als zukunftsweisende Antwort auf das diskreditierte liberale System des *laissez-faire* gedacht. Auch wenn Amery als nationale Kontrollinstanz eine dritte Kammer im englischen Parlament – „a Chamber or House of Industries“<sup>119</sup> – etablieren wollte – so standen diese Forderungen eher im Zeichen einer Effizienzsteigerung des bestehenden Systems als in einer grundsätzlichen Opposition zu diesem.

Obwohl die Planungen, die Intentionen der Beteiligten und der genaue Hergang der Ereignisse vom Oktober/November 1933 noch genauer rekonstruiert werden müssen, zeigt die Episode des Lord Lloyd-Dinners und seiner Vorgeschichte vor allem drei wichtige Aspekte: „True conservatism“ war nicht nur eine abstrakte Idee einiger Intellektueller, sondern auch das ideologische Banner für den aktiven Versuch einer inhaltlichen und personellen Neuausrichtung der Konservativen Partei mit dem Ziel der Etablierung einer autoritären Staatsordnung. Trotz eines hohen Potentials an politischer Unzufriedenheit am rechten Flügel der Konservativen Partei gelang es aber weder, eine einheitliche politische Forderung zu formulieren, noch eine direkte personelle Herausforderung der Parteiführung zu organisieren.

Die publizistische Tätigkeit der Neokonservativen hörte 1933 allerdings keineswegs auf. Im Laufe der 1930er Jahre führten sie ihren intellektuellen Kampf gegen die vermeintliche Vorherrschaft der verhaßten „linken Intelligenzija“ fort. Die Hauptwerke der meisten hier behandelten Autoren erschienen auch erst nach 1933<sup>120</sup>. Wichtige Themen waren die Haltung zum Nationalsozialismus, die Rezeption des italienischen Faschismus, die Unterstützung Francos<sup>121</sup> und das

<sup>118</sup> Vgl. Luther P. Carpenter, *Corporatism in Britain, 1930-45*, in: *Journal of Contemporary History* 11 (1976), S. 3–25.

<sup>119</sup> Leopold Amery, *The Forward View*, London 1935, S. 412.

<sup>120</sup> Vgl. z. B. Jerrold, *England*; Douglas Jerrold, *They that take the sword: the future of the league of nations*, London 1936; ders., *The necessity of freedom notes on Christianity and politics*, London 1938.

<sup>121</sup> Jerrold, Bryant, Petrie und Yeats-Brown setzten sich entschieden in einer Vielzahl von Publikationen für Franco ein und versuchten, die britische Regierung von ihrem Neutralitätskurs abzubringen. Jerrolds Unterstützung blieb keineswegs rein theoretisch. Die Reise jenes Privatflugzeugs, das am 11. 6. 1936 England verlassen hatte und den auf die kanarischen Inseln versetzten Franco nach Marokko brachte, von wo der Aufstand der rebellischen Militärs gegen die Republik beginnen sollte, war maßgeblich von Jerrold organisiert worden. Der Großbritannien-Korrespondent der monarchistischen Zeitung *ABC*, Louis Bolin, hatte Jerrold Anfang Juni um Unterstützung gebeten. Daraufhin kontaktierte Jerrold seinen Freund, den ehemali-

Engagement für die Appeasement-Politik. Eine erschöpfende Untersuchung dieses Diskurses steht noch aus. Dies gilt auch für eine genaue Analyse der organisatorischen Verflechtung und Netzwerkbildung zwischen Neokonservativen und einer ganzen Reihe junger Tory-Abgeordneter, deren frühe Begeisterung für autoritäre Planspiele späteren Ministerialkarrieren nicht geschadet hat<sup>122</sup>. Archivarische Quellen, wie die teilweise noch unerschlossenen Nachlässe der Neokonservativen, könnten hier ebenso genauere Auskunft geben wie über die offensichtlich vorhandenen Kontakte der Neokonservativen zur europäischen Rechten, etwa der Action Française. Daß der ideologische Austausch mit dem Ausland keineswegs nur einseitig war, zeigt die rege Rezeption der britischen Neokonservativen in rechten Kreisen innerhalb der USA<sup>123</sup>.

### „Konservative Revolution“ in Großbritannien?

Nicht nur der Faschismus war ein europäisches Phänomen der Zwischenkriegszeit. Auch jene antiliberalen Denkrichtung, die als „Konservative Revolution“ für einen Zweig der spezifisch deutschen Geistesgeschichte bekannt geworden ist, hat es in vielen Ländern gegeben. Für Frankreich und Italien ist bereits gezeigt worden, daß es durchaus lohnenswert ist, die historische Kategorie „Konservative Revolution“ von ihrer nationalen Fixierung zu befreien – gerade auch dann, wenn der analytische Wert vor allem in der Identifizierung der nationalen Unterschiede liegt<sup>124</sup>. Doch wieviel Sinn ergibt der Begriff „Konservative Revolution“ für die Geschichte Großbritanniens, das letztlich in der Zeit zwischen den zwei Weltkriegen trotz großer wirtschaftlicher und sozialer Herausforderungen keine ernsthafte Gefährdung des politischen Systems erlebt hat?

---

gen Arme-Offizier, Hugh Pollard, der zusammen mit seiner Tochter und einer Freundin dem Unternehmen eine touristische Tarnung geben sollte. Die kleine, aber erfolgreiche britische Intervention wurde nicht vergessen: der Pilot des Flugzeugs, Pollard und seine Begleiterinnen erhielten am Ende des Bürgerkriegs Auszeichnungen für ihre Unterstützung Francos. Vgl. Jerrold, *Georgian Adventure*, S. 367–374; Frederick Hale, *Marching towards the Cruzada*. Douglas Jerrold's Road to Nationalist Spain, in: *Acta Theologica* (2002), S. 87 f.

<sup>122</sup> So war etwa Sir Reginald Dorman-Smith wie Wallop und Ludovici Mitglied der antidemokratischen und antikapitalistischen Geheimorganisation „English Mystery“ – aber auch von 1935–1941 konservativer Abgeordneter für Petersfield, von 1939–1941 Minister für Landwirtschaft und von 1941–1946 Gouverneur von Burma. Edwin Duncan-Sandys war wie Jerrold, Petrie und Yeats-Brown Mitglied des 1934 gegründeten, proto-faschistischen January Clubs und in der rechtsextremen Anglo-German Fellowship, aber auch von 1935–74 konservativer Abgeordneter und Minister in einer Reihe von Regierungen, u. a. von 1957–1959 Verteidigungsminister. Ebenfalls Mitglied des January Clubs und der „Friends of Nationalist Spain“ war Alan Lennox-Boyd – später u. a. von 1952–1954 Verkehrsminister.

<sup>123</sup> Die im April 1933 erstmals erschienene *American Review* wollte ein Forum bieten für „Radicals of the Right or Revolutionary Conservatives“ und berief sich dabei u. a. auf Charles Maurras und Henri Massis, aber auch auf Hilaire Belloc, T. S. Eliot und Wyndham Lewis. Vgl. *The American Review* I (1933), S. 124.

<sup>124</sup> Vgl. Veneziani, *La rivoluzione conservatrice in Italia*; Eckert, *Konservative Revolution in Frankreich?*

Der „jungkonservative“ Schriftsteller und spätere Redenschreiber des Reichskanzlers von Papen, Edgar Jung, schrieb 1932: „Konservative Revolution nennen wir die Wiederinsetzung all jener elementaren Gesetze und Werte, ohne welche der Mensch den Zusammenhang mit der Natur und mit Gott verliert und keine wahre Ordnung aufbauen kann. An Stelle der Gleichheit tritt die innere Wertigkeit, an Stelle der sozialen Gesinnung der gerechte Einbau in die gestufte Gesellschaft, an die Stelle der mechanischen Wahl das organische Führerwachstum, an Stelle bürokratischen Zwanges die innere Verantwortung echter Selbstverwaltung, an Stelle des Massenglücks das Recht der Volkspersönlichkeit.“<sup>125</sup> Nicht nur dem Katholiken Jerrold hätte der „katholisierende Protestant“<sup>126</sup> Jung aus der Seele gesprochen. Auch die „italophilen“ Petrie und Yeats-Brown, die „Blut-und-Boden-Mystiker“ Wallop und Sanderson und auch der neoaristokratische Eugeniker Ludovici wären in diesem jungschen Sinne konservative Revolutionäre gewesen. Keiner dieser Männer hätte wohl auch der gnadenlosen Bestandsaufnahme des Staatsrechtlers Carl Schmitt von 1926 widersprochen: „[I]n manchen Staaten hat es der Parlamentarismus schon dahin gebracht, daß sich alle öffentliche Angelegenheiten in Beute- und Kompromißobjekte von Parteien und Gefolgschaften verwandeln und die Politik, weit davon entfernt, die Angelegenheit einer Elite zu sein, zu dem ziemlich verachteten Geschäft einer ziemlich verachteten Klasse von Menschen geworden ist.“<sup>127</sup> Wie die konservativen Revolutionäre der Weimarer Republik waren die britischen Neokonservativen in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen zu entschiedenen Gegnern der parlamentarischen Demokratie geworden. Ausgehend von einem äußerst pessimistischen Menschenbild wandten die Neokonservativen sich gegen das Gleichheitspostulat der modernen Gesellschaft. Sie mißtrauten zutiefst dem Glauben an Technik und Fortschritt. Für sie befanden sich Gesellschaft, Staat und Empire im Zustand des Verfalls. Historischer Hauptfeind der Neokonservativen war zunächst der Liberalismus, dessen materielles Gewinnstreben die Nation moralisch ausgehöhlt und zu schleichender Degeneration geführt habe. Ausdruck der Degeneration war aus ihrer Sicht das Aufkommen eines urbanen Industrie-Proletariats, dessen politische Partizipation infolge des modernen Wahlrechts eine effektive und rationale Exekutivgewalt verhindere.

Die britischen Neokonservativen waren entschiedene Gegner des Sozialismus, doch sie nahmen die soziale Frage ernst und suchten nach Lösungen in Form von Dritter-Weg-Theorien, um der vermeintlichen Gefährdung der Einheit der Nation durch den Klassenkampf zu entgehen. Fluchtpunkt der vielen ideologischen Negative – Antiliberalismus, Antisozialismus, Antikapitalismus – waren meist mehr oder weniger elaborierte Visionen eines korporativen Staates. Gegen den Pluralismus divergierender Interessen setzten sie das Ideal einer statischen

<sup>125</sup> Edgar Julius Jung, Deutschland und die konservative Revolution, in: Deutsche über Deutschland. Die Stimme des unbekanntenen Politikers, München 1932, S. 380.

<sup>126</sup> Winkler, Der lange Weg nach Westen, Bd. 1, S. 524.

<sup>127</sup> Carl Schmitt, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, München <sup>2</sup>1926, S. 8.

Ordnung des Ganzen, gegen Monopol-Kapitalismus und Urbanisierung die mythische Beschwörung einer ländlichen, dezentralen Urgesellschaft. Der Hauptkampf der Neokonservativen galt jedoch der „unmoralischen“ und „uneffektiven“ parlamentarischen Demokratie. Auch für sie war dieses System eine „Herrschaft der Minderwertigen“<sup>128</sup>. Doch anders als für Edgar Jung in seiner populären Schrift von 1929 und anders als bei der Vielzahl der anderen deutschen Variationen dieses Themas, war für die Neokonservativen parlamentarische Demokratie eben nicht das System des „Westens“. In ihren anti-whiggistischen Geschichtskursen bemühten sie sich ja gerade, das unenglische des liberal-demokratischen Systems zu identifizieren. Der „Westen“ war somit für diese Autoren auch nicht ein polemisch genutzter, ideologischer Sammelbegriff, sondern vielmehr eine historische Größe im Sinne des christlichen Abendlandes. Anders als im Deutschen Reich war das System des „Westens“ nicht das System des Siegers. Eine Ordnungsvorstellung, die im fundamentalen Gegensatz zur liberalen Demokratie stand, traf also von Anfang an nicht auf ein vergleichbares nationalistisches Potential, wie es sich im Deutschen Reich aus den psychologischen Folgen von Kriegsniederlage und Demütigung durch den Versailler Vertrag gebildet hatte.

Gezeigt hat sich jedoch, daß es verkürzt ist, das Scheitern autoritärer Gesellschaftsentwürfe mit dem Scheitern der BUF gleichzusetzen. Es gab in der Zwischenkriegszeit proto-faschistische Tendenzen am Rande und innerhalb der konservativen Partei. Um eine Variante der „konservativen Revolution“ handelte es sich dabei insofern, als dieser Neokonservatismus sich keineswegs mit den Bedingungen der Moderne mehr oder weniger arrangiert hatte, sondern deren völlige Überwindung anstrebte, statt einfach nur das „historische Rad“ ein wenig zurückzudrehen. Anders als im Deutschen Reich blieb diese Denkrichtung allerdings auf einen elitären Zirkel beschränkt. Ein radikalisiertes Bürgertum, das tatsächlich Adressat der Neokonservativen hätte sein können, war in England nicht entstanden. Im Gegenteil sorgte die stabile Koalitionsregierung des National Government für die Bindung der überwältigenden Mehrheit an das bestehende System. Anders als in Deutschland kam es so nicht zur Begegnung zwischen radikalisiertem Bürgertum und politischen Literaten. Doch genau darin bestand, so Panajotis Kondylis, die eigentliche Bedeutung der „Konservativen Revolution“ in der Weimarer Republik: „Ohne die Niederlage ausgerechnet durch die liberal-parlamentarischen Mächte des Westens und ohne Versailles wäre das ‚Revolutionäre‘ bei der ‚konservativen Revolution‘ – eben das, was die Radikalisierung von Teilen des Bürgertums ideologisch widerspiegelte – höchstwahrscheinlich fortgefallen.“<sup>129</sup> Außerdem hat es in Großbritannien eine Organisation wie den Stahlhelm, bei dem die Ideen der „Konservativen Revolution“ auf fruchtbaren Boden fallen konnten, nicht gegeben. Eine „staatspolitische Abteilung der nationalen Revolution“<sup>130</sup> – so Jung über die DNVP – ist die Konservative Partei zum Ver-

<sup>128</sup> So der Titel von Edgar Julius Jung, *Die Herrschaft der Minderwertigen, ihr Zerfall und ihre Ablösung durch ein Neues Reich*, Berlin 1929.

<sup>129</sup> Panajotis Kondylis, *Konservatismus: geschichtlicher Gehalt und Untergang*, Stuttgart 1986, S. 470.

druß der Neokonservativen nie geworden. Eine neue Partei wollten sie nicht gründen und hätten sie aufgrund des Mehrheitswahlrechts auch nicht mit viel Aussicht auf Erfolg gründen können. Doch in ihrem Kampf gegen Liberalismus und parlamentarische Demokratie vermochte sie das nicht aufzuhalten. Erst mit dem Kriegseintritt Großbritanniens 1939 und der Bedrohung des Vaterlandes durch das nationalsozialistische Deutschland verloren rechtskonservative Planspiele mit dem Ziel einer grundsätzlichen Systemänderung endgültig ihre Attraktivität. Bis zum Schluß hatten Männer wie Jerrold, Yeats-Brown und Bryant sich für einen friedlichen Ausgleich mit dem Deutschen Reich engagiert (Bryant etwa war noch im Juli 1939 im persönlichen Auftrag und finanziert von Premierminister Chamberlain nach Deutschland geflogen, um mit dem „Ständigen Beauftragten des Reichsaußenministers beim Führer“, Walter Hewel, über eine friedliche Lösung zu diskutieren). Doch nach dem offensichtlichen Scheitern all dieser Bemühungen galt es nun, das Vaterland zu verteidigen. So schreibt Yeats-Brown am 8. August 1939 an Bryant: „Mehr denn je halte ich Chestertons Worte für prophetisch: ‘The swords of scorn divide: Take not thy thunder from us, But take away our pride!’ Nimm unseren Stolz! Er wurde genommen: wir sind keine arroganten, blökenden Pazifisten mehr, aber wieder Englisch und kümmern uns wieder um unsere Dinge, allen voran dem Schutz unserer Heimat.“<sup>131</sup>

---

<sup>130</sup> Zit. nach Klaus Fritzsche, Politische Romantik und Gegenrevolution. Das Beispiel des „Tat-Kreises“, Frankfurt a. M. 1976, S. 269.

<sup>131</sup> Francis Yeats-Brown an Bryant, 8. 9. 1939, in: Liddell Hart Centre for Military Archives, King's College, London, Sir Arthur Bryant Papers, E 39/32A.